



Skripten von Alpmann Schmidt – das komplette Examenswissen, systematisch und klausurtypisch aufbereitet

Staatsorganisationsrecht
18. Auflage 2019

Das Staatsorganisationsrecht gehört zu einem der wichtigsten Prüfungsbereiche des Examens. Das Skript **Staatsorganisationsrecht** stellt den für die juristische Ausbildung relevanten Stoff so dar, wie er im Examen benötigt wird. Dabei konzentriert sich das Skript auf die Schwerpunkte, die Gegenstand der **Examensklausuren** sind. Sie finden alle prüfungsrelevanten Schwerpunkte, insbesondere zu den Staatsprinzipien, den obersten Bundesorganen und der Gesetzgebung unter Berücksichtigung der europäischen Integration. Daneben werden alle wesentlichen **verfassungsprozessualen Probleme** dargestellt.

Rechtsprechung und Literatur sind bis **Februar 2019** eingearbeitet (z.B. NPD-Partei-Verbot und Ausschluss von der Parteienfinanzierung, unzulässiges Organstreitverfahren der AfD wegen der Flüchtlingskrise). Die **Neuaufgabe** verbindet die Vorteile der bewährten Darstellung anhand von **24 Fällen** und **zahlreichen Beispielen** mit einer vorgezogenen abstrakten Darstellung zur Einführung in die jeweilige Problematik. Aufbauschemata als unerlässliche Grundlage für die eigene Klausurlösung und Strukturübersichten zur Einordnung der behandelten Probleme runden die Darstellung ab. **Fallübergreifende Übersichten** dienen zur Schnellerfassung und Wiederholung des Stoffes.

ISBN: 978-3-86752-669-2



€ 19,90

Sie erhalten die Karteikarten Staatsorganisationsrecht zu einem vergünstigten Preis, wenn Sie sie zusammen mit diesem Skript erwerben.

Erhältlich bei jedem teilnehmenden Buchhändler.

Im Paket
günstiger!



Alpmann Schmidt

Staatsorganisationsrecht

2019



Skripten

Altevers

Staatsorganisationsrecht

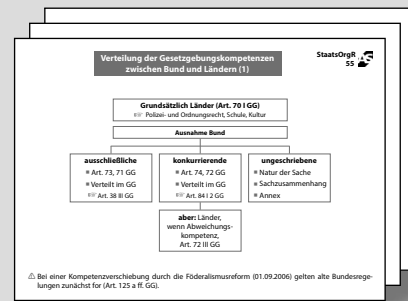
18. Auflage 2019

Alpmann Schmidt



KK Karteikarten

Passend zu jedem S-Skript!

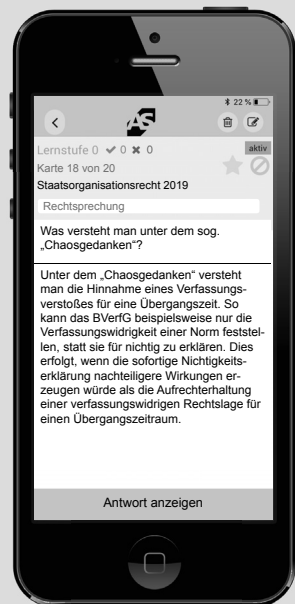


- Komprimierte Darstellung des examensrelevanten Stoffs
- **Übersichten, Schaubilder und Schemata** ermöglichen das schnelle Erfassen, Verstehen und Wiederholen des Rechtsgebiets

Weitere Musterkarten online: www.alpmann-schmidt.de

EL E-LEARNING

Passend zu jedem S-Skript!



- Überall lernen, im Browser oder in der App, auch offline
- **Frage-Antwort-Modus** (Freitext und Multiple-Choice)
- Individuell editierbar
- Wissenschaftlich erprobtes Wiedervorlagensystem

Alpmann Schmidt Jura App:
kostenlos zum Download



Die Lernkarten **passend zu diesem Skript** finden Sie hier:
www.repetico.de/alpmann-schmidt

powered by
Repetico

Bundesweit juristische Repetitorien zum 1. Examen seit 1956



Die Wahl des richtigen Repetitoriums ist Vertrauenssache.
Vergleichen Sie! Probehören ist jederzeit möglich.
Wir sind sicher auch in Ihrer Stadt: bit.ly/2JywhcT

Alpmann Schmidt



STAATSORGANISATIONSRECHT

2019

Ralf Altevers
Rechtsanwalt und Repetitor

ALPMANN UND SCHMIDT Juristische Lehrgänge Verlagsges. mbH & Co. KG
48143 Münster, Alter Fischmarkt 8, 48001 Postfach 1169, Telefon (0251) 98109-0
AS-Online: www.alpmann-schmidt.de

Zitiervorschlag: Altevers, Staatsorganisationsrecht, Rn.

Altevers, Ralf

Staatsorganisationsrecht

18., neu bearbeitete Auflage 2019

ISBN: 978-3-86752-669-2

Verlag Alpmann und Schmidt Juristische Lehrgänge
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Münster

Die Vervielfältigung, insbesondere das Fotokopieren,
ist nicht gestattet (§§ 53, 54 UrhG) und strafbar (§ 106 UrhG).
Im Fall der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt.

Unterstützen Sie uns bei der Weiterentwicklung unserer Produkte.

Wir freuen uns über Anregungen, Wünsche, Lob oder Kritik an:

feedback@alpmann-schmidt.de

INHALTSVERZEICHNIS

1. Teil: Vorbemerkung – Grundbegriffe – Verfassungsgeschichte	1
1. Abschnitt: Gegenstand und Einordnung des Verfassungsrechts	1
A. Das Staatsrecht	1
B. Das Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland	1
2. Abschnitt: Die verfassungsgeschichtliche Entwicklung des GG	3
3. Abschnitt: Der Begriff des Staates – Die Drei-Elementen-Lehre	9
A. Staatsgewalt	9
I. Völkerrechtliche Anforderungen	9
II. Aussagen des Grundgesetzes	10
B. Staatsgebiet – Gebietshoheit	10
I. Völkerrechtliche Anforderungen	10
II. Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland	10
C. Staatsvolk – Personalhoheit	11
I. Völkerrechtliche Anforderungen	11
II. Staatsangehörigkeit nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz – Deutscher i.S.d. Grundgesetzes	11
1. Erwerbs- und Verlustgründe der deutschen Staatsangehörigkeit	11
2. Deutscher i.S.d. Grundgesetzes	11
3. Rechte und Pflichten von deutschen Staatsangehörigen	12
■ Zusammenfassende Übersicht: Staat (Drei-Elementen-Lehre)	13
2. Teil: Staatsformmerkmale und Staatszielbestimmungen	14
1. Abschnitt: Vorbemerkung	14
A. Überblick	14
B. Bedeutung	14
C. Begriffsbestimmung	15
D. Staatsformmerkmale bzw. Staatsstrukturprinzipien in der Klausurbearbeitung	15
2. Abschnitt: Demokratie	16
A. Herleitung und Geltungsbereich	16
■ Zusammenfassende Übersicht: Staatsorganisationsformen – Fallgruppen des Demokratieprinzips	17
B. Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG: Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus	18
C. Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG: Ausübung der Staatsgewalt durch Wahlen, Abstimmungen und besondere Organe der drei Gewalten	19
I. Wahlen – Mehrheitsprinzip – Art. 39 GG	19
Fall 1: Verschiebung der Bundestagswahl	19

II. Abstimmungen	21
1. Abstimmungen auf Bundesebene	21
2. Abstimmungen auf Länderebene	23
III. Besondere Organe; demokratische Legitimation	24
IV. Unionsrecht und demokratische Legitimation	25
Fall 2: Der OMT-Beschluss	26
D. Weitere Fallgruppen	30
I. Politische Willensbildung von unten nach oben	30
1. Keine Wahlwerbung auf Staatskosten	30
Fall 3: Wahlwerbung	30
2. (Verbot der vollständigen oder verdeckten) Parteienfinanzierung	34
3. Ausschluss von der Parteienfinanzierung	36
II. Selbstverwaltungsgarantie	36
III. Wahlrecht – Beachtung von Wahlgrundsätzen entsprechend	
Art. 38 Abs. 1 S. 1 und 28 Abs. 1 S. 2 GG	36
IV. Mehrparteiensystem	37
V. Möglichkeit der Bildung und Ausübung von Opposition	37
VI. Mehrheitsprinzip, ergänzt durch angemessenen Minderheitenschutz	37
1. Zweck des Mehrheitsprinzips	37
2. Ausgestaltung des Mehrheitsprinzips	38
3. Grenzen des Mehrheitsprinzips	38
4. Absicherung des Mehrheitsprinzips	38
VII. Parlamentsvorbehalt	38
VIII. Bestehen demokratischer Grundrechte	39
IX. Öffentlichkeitsgrundsatz, Transparenzgebot	39
Fall 4: Oppositionsfraktionsrechte	39
3. Abschnitt: Republik	42
4. Abschnitt: Rechtsstaatsprinzip	42
A. Ableitung des Rechtsstaatsprinzips	42
B. Elemente des Rechtsstaatsprinzips (Überblick)	43
C. Das Prinzip der Gewaltenteilung (Funktionentrennung)	45
I. Rechtsgrundlagen und Aufgabe der (horizontalen) Gewaltenteilung	45
II. Einzelheiten der horizontalen Gewaltenteilung	45
III. Personelle Gewaltenteilung (Inkompatibilität)	46
IV. Abweichungen vom Gewaltenteilungsprinzip	47
D. Die Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips an die Gesetzgebung	
(Legislative)	48
I. Bindung an die verfassungsmäßige Ordnung	48
II. Bestimmtheit	49
III. Vertrauensschutz – Keine unzulässige Rückwirkung von Gesetzen	50
1. Verbot rückwirkender Strafgesetze	50
2. Andere belastende rückwirkende Gesetze	51
a) Arten der Rückwirkung	51

b) Prüfungsstandort	52
c) Verfassungsmäßigkeit der Rückwirkung	52
aa) Echte Rückwirkung	52
bb) Unechte Rückwirkung	53
Fall 5: Enttäuschte Steuersparer	54
E. Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips an die vollziehende Gewalt (Exekutive)	58
I. Bindung an Gesetz und Recht bezieht sich auf	58
II. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	59
1. Vorrang des Gesetzes (kein Handeln gegen das Gesetz)	59
2. Vorbehalt des Gesetzes (kein Handeln ohne Gesetz)	60
a) Überblick.....	60
b) Ableitung	61
c) Anwendbarkeit	61
d) Rechtsfolgen bei Anwendbarkeit des Prinzips vom Vorbehalt des Gesetzes	62
3. Abgrenzung zum Verwaltungsvorbehalt	63
F. Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips an die Rechtsprechung (Judikative) ...	64
G. Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips an alle drei Gewalten	64
5. Abschnitt: Sozialstaatsprinzip	65
A. (Allgemeine) Herleitung; Spezialregelungen	65
B. Inhalt und Gegenbegriff	66
C. Adressaten	66
D. Anwendungsbereich bzw. Konkretisierungen	67
6. Abschnitt: Das Bundesstaatsprinzip	67
A. Herleitung – Funktion – Absicherung	67
B. Der Begriff des Bundesstaates – Bund und Länder	68
Fall 6: Regionalverband Unterelbe	68
C. Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern	73
D. Bundesrecht und Landesrecht	74
E. Das Gebot zu bundesfreundlichem Verhalten (Bundestreue)	75
F. Der kooperative Föderalismus	76
■ Zusammenfassende Übersicht: Bundesstaatsprinzip	77
7. Abschnitt: Die freiheitliche demokratische Grundordnung und verwandte Begriffe	78
3. Teil: Wahlen – Bundestag – Parteien	80
1. Abschnitt: Die Wahl des Bundestages	80
A. Wahlsystem	80

B. Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG)	82
I. Allgemeinheit der Wahl	83
II. Gleichheit der Wahl	84
1. Aktive Wahlrechtsgleichheit	84
a) Überhangmandate ohne/mit Ausgleichspflicht	84
b) 5% Sperrklausel; Grundmandatsklausel	85
2. Passive Wahlrechtsgleichheit	87
III. Unmittelbarkeit der Wahl; Höchstpersönlichkeit des Wahlrechts	87
IV. Freiheit der Wahl	88
V. Geheimheit der Wahl	89
VI. Öffentlichkeit der Wahl	89
1. Herleitung	89
2. Inhalt und Anwendungsbereich	90
VII. Verfassungsprozessuale Bedeutung von Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG	90
VIII. Rechtsnatur und Prüfungsaufbau der Wahlrechtsgrundsätze	91
C. Ausländerwahlrecht	91
2. Abschnitt: Der Bundestag	92
A. Der Bundestag als oberstes Verfassungsorgan des Bundes	92
B. Zuständigkeiten und Aufgaben	93
Fall 7: Außenpolitischer Bundestagsbeschluss	93
C. Rechtmäßigkeit eines (schlichten) Bundestagsbeschlusses	96
D. Mehrheiten	97
E. Der Bundestag als Staatsorgan – personelle und sachliche Diskontinuität – GO BT	98
Fall 8: Alternative Geschäftsordnung	98
3. Abschnitt: Untergliederungen des Parlaments	100
A. Fraktion, Gruppe	100
I. Bildung der Fraktion	100
II. Abgrenzung zur Gruppe	100
III. Aufgaben bzw. Funktion	100
IV. Rechtsnatur	101
V. Rechte der Fraktion (im Plenum)	101
B. Ausschüsse und sonstige Gremien	102
C. Untersuchungsausschuss (UA)	103
Fall 9: Verhängnisvolle Protokolle	104
D. Leitungsorgane des Bundestags und Bundestagsverwaltung	113
4. Abschnitt: Die Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten	113
A. Das freie Mandat, Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG	113
I. Rechte des Abgeordneten aus Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG	114
II. Rechtsnatur und prozessualer Rechtsschutz	115

III. Grenzen bzw. Einschränkungsmöglichkeiten der Rechte aus Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG	115
IV. Fraktionsdisziplin, Fraktionsausschluss, Parteiausschluss	116
Fall 10: Der Fraktions-Linksaußen	116
B. Rechte des Abgeordneten aus Art. 46–48 GG	119
I. Indemnität	119
II. Immunität	120
III. Rede-, Antrags- und Informationsrecht bzw. Fragerecht	120
Fall 11: Rüstungsexporte	121
IV. Rechte aus Art. 47, 48 GG	125
C. Fraktionslose Abgeordnete	126
D. Mandatsverlust und Mandatsprüfung	126
5. Abschnitt: Die politischen Parteien	127
A. Begriff und Aufgaben der politischen Parteien	127
B. Gründung und Organisation	128
C. Demokratische Binnenstruktur	129
D. Parteienfinanzierung	129
E. Das Parteienverbot; Parteienprivileg	130
F. Anspruch auf Nutzung öffentlicher Einrichtungen; (abgestufte) Chancengleichheit der Parteien	131
Fall 12: Wahlwerbung	131
4. Teil: Der Bundesrat	137
1. Abschnitt: Stellung des Bundesrats im Verfassungsgefüge	137
2. Abschnitt: Zusammensetzung des Bundesrats	137
3. Abschnitt: Beschlussfassung im Bundesrat	138
4. Abschnitt: Die Zuständigkeiten des Bundesrats	139
5. Teil: Die Bundesregierung und der Bundeskanzler	140
1. Abschnitt: Zusammensetzung der Bundesregierung und verfassungs- rechtliche Stellung	140
2. Abschnitt: Bildung der Bundesregierung; Koalitionsvereinbarungen	140
A. Wahl des Bundeskanzlers	140
B. Personalentscheidungen und Organisationsgewalt	140
Fall 13: Koalitionsvereinbarungen	141
C. Sonstige Minister und Staatssekretäre	143

3. Abschnitt: Zuständigkeiten und Aufgabenverteilung	144
A. Zuständigkeiten der Bundesregierung	144
B. Kanzler-, Ressort- und Kollegialprinzip	145
C. Äußerungen/Informationen durch die Bundesregierung	146
4. Abschnitt: Regierungskrise	148
A. Das konstruktive Misstrauensvotum gemäß Art. 67 GG	148
B. Die Vertrauensfrage, Art. 68 GG	149
6. Teil: Der Bundespräsident	151
1. Abschnitt: Aufgaben und Funktion	151
2. Abschnitt: Wahl und Amtsdauer	151
3. Abschnitt: Die Zuständigkeiten des Bundespräsidenten	152
4. Abschnitt: Das Erfordernis der Gegenzeichnung (Art. 58 GG)	152
5. Abschnitt: Das Prüfungsrecht des Bundespräsidenten	153
A. Prüfungsbefugnis bei der Ausfertigung der Bundesgesetze, Art. 82 GG	153
I. Formelles Prüfungsrecht	153
II. Materielles Prüfungsrecht	154
III. Prozessuale Durchsetzung	154
Fall 14: Nichtraucherchutz	154
B. Unionsrechtliches Prüfungsrecht	160
C. Prüfungsbefugnis bei der Ernennung und Entlassung von Bundesministern	161
D. Politisches Ermessen	161
6. Abschnitt: Äußerungen des Bundespräsidenten	161
Fall 15: Die Spinner	162
7. Teil: Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	166
1. Abschnitt: Überblick	166
A. Grundsatz	166
B. Überleitungsregelungen	166
C. Folgen bei fehlender Zuständigkeit	167
2. Abschnitt: Ausschließliche Zuständigkeit des Bundes	167
3. Abschnitt: Konkurrierende Gesetzgebung	168
A. Kompetenztitel	168

B. Voraussetzungen des Art. 72 Abs. 2 GG	169
I. Kernkompetenzen	170
II. Bedarfskompetenzen	170
1. Gerichtlicher Prüfungsumfang	170
2. Erforderlichkeit	170
3. Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet	171
4. Wahrung der Rechtseinheit	171
5. Wahrung der Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse	171
6. Prozessuale Absicherung	172
III. Abweichungsgesetzgebung	172
C. Landeskompentenz, Art. 72 Abs. 1 GG	173
Fall 16: Spielhallen	173
4. Abschnitt: Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen	175
A. Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs	176
B. Annexkompetenz	176
C. Zuständigkeit kraft Natur der Sache	177
Fall 17: Das Betreuungsgeld	178
■ Zusammenfassende Übersicht: Gesetzgebungszuständigkeiten	183
8. Teil: Das Gesetzgebungsverfahren	184
1. Abschnitt: Überblick	184
2. Abschnitt: Die Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens	184
A. Gesetzesinitiative, Art. 76 Abs. 1 GG	184
B. Vorverfahren, Art. 76 Abs. 2, 3 GG	184
3. Abschnitt: Das Hauptverfahren	185
A. Ordnungsgemäßer Beschluss des BT, Art. 77 Abs. 1 GG	185
I. Anzahl der Beratungen	185
II. Beschlussfähigkeit	186
III. Mehrheit	186
B. Ordnungsgemäße Mitwirkung des Bundesrates; Einspruchs- und Zustimmungsgesetz	187
C. Das Verfahren vor dem Vermittlungsausschuss	189
D. Art. 78 GG	190
4. Abschnitt: Das Abschlussverfahren	191
5. Abschnitt: Verfassungsändernde Gesetze; Art. 79 GG	191
■ Zusammenfassende Übersicht: Gesetzgebungsverfahren des Bundes.....	192

9. Teil: Der Erlass von Rechtsverordnungen (RVO)	195
1. Abschnitt: Zweck des Art. 80 GG	195
2. Abschnitt: Begriff der RVO	195
3. Abschnitt: Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Art. 80 GG	195
Fall 18: Landesrechtliche FerienverkehrsVO	195
4. Abschnitt: Formelle Rechtmäßigkeitsanforderungen an RVOen	199
5. Abschnitt: Materielle Rechtmäßigkeitsanforderungen an RVOen; Gestaltungsfreiheit	200
6. Abschnitt: Ausfertigung und Verkündung	200
7. Abschnitt: Rechtsschutz gegen RVOen	201
A. RVO von BReg oder BMin	201
I. (Direkte) Normenkontrolle	201
II. Inzidentkontrolle	201
B. RVO der Landesregierung	201
■ Zusammenfassende Übersicht: Dreistufiger Aufbau	202
10. Teil: Die Ausführung der Bundesgesetze und die Bundesverwaltung	203
1. Abschnitt: Überblick	203
A. Verwaltungskompetenz; gesetzesakzessorische und nichtgesetzesakzessorische Verwaltung	203
B. Gesetzgebungskompetenz und Verwaltungskompetenz	203
C. Die Verwaltungstypen nach dem GG (Überblick)	203
2. Abschnitt: Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder als eigene Angelegenheit (Bundesaufsichtsverwaltung)	204
3. Abschnitt: Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder im Auftrage des Bundes (Bundesauftragsverwaltung)	205
A. Weisungsrecht und Fachaufsicht, Art. 85 Abs. 3, 4 GG	206
Fall 19: Gefährlicher Straßenbelag?	206
B. Rechtsweg und Klagebefugnis bei inhaltlich rechtswidriger Weisung	211
C. Rechtsfolgen einer (rechtmäßigen) Weisung	212
D. Einrichtung der Behörden – Regelung des Verwaltungsverfahrens – Erlass von Verwaltungsvorschriften, Art. 85 Abs. 1, Abs. 2 GG	212
4. Abschnitt: Ausführung von Bundesgesetzen durch den Bund (bundeseigene Verwaltung)	214
A. Nur ausnahmsweise bundeseigene Verwaltung	214

B. Obligatorische bundeseigene Verwaltung	215
C. Fakultative bundeseigene Verwaltung	216
D. Erweiterungsmöglichkeiten der Bundesverwaltung (Art. 87 Abs. 3 GG)	216
Fall 20: Errichtung eines Energiespar-Bundesamtes	216
E. Ungeschriebene Verwaltungszuständigkeiten des Bundes	219
Fall 21: Die Einbürgerung von Auslands-Ausländern	219
5. Abschnitt: Mischverwaltung – Gemeinschaftsaufgaben – Verwaltungszusammenarbeit	222
■ Zusammenfassende Übersicht: Verwaltungskompetenzen	224
11. Teil: Einsatz der Bundeswehr	225
1. Abschnitt: Verteidigung	225
A. Landesverteidigung	225
B. Bündnisverteidigung	225
2. Abschnitt: Andere Einsätze	226
A. Einsatz im Ausland gemäß Art. 24 Abs. 2 GG	226
B. Einsatz im Ausland nach Regeln der EU	226
C. Einsätze der Bundeswehr im Inland	227
I. Äußerer und innerer Notstand, Art. 87 a Abs. 3, 4 GG	227
II. Regionaler Katastrophennotstand, Art. 35 Abs. 2 S. 2 GG	228
3. Abschnitt: Entscheidungs-/Entsendebefugnis und Kommandogewalt	228
A. Entsendebefugnis	228
B. Kommandogewalt	229
Fall 22: Der wehrverfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt	230
12. Teil: Die Rechtsprechung	233
1. Abschnitt: Der Gerichtsaufbau	233
2. Abschnitt: Das Bundesverfassungsgericht	233
3. Abschnitt: Die Technik der Prüfung	234
A. Zulässigkeit	234
I. Rechtsweg zum und Zuständigkeit des BVerfG	234
II. Beteiligtenfähigkeit	235
III. Antragsgegenstand	235
IV. Antragsbefugnis	235
V. Form	235
VI. Frist	236
B. Begründetheit	236

4. Abschnitt: Organstreitverfahren	236
A. Zulässigkeit	236
I. Rechtsweg zum und Zuständigkeit des BVerfG	237
II. Beteiligtenfähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner	237
III. Richtiger Antragsgegenstand	239
IV. Antragsbefugnis	239
V. Antragsfrist	240
VI. Nur bei Anlass zu prüfen	240
B. Begründetheit	241
C. Tenor (nur bei Anlass prüfen)	241
5. Abschnitt: Bund-Länder-Streitigkeit	242
A. Zulässigkeit gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG, §§ 13 Nr. 7, 68 ff. BVerfGG	242
I. Rechtsweg zum und Zuständigkeit des BVerfG	242
II. Beteiligtenfähigkeit als Antragsteller und Antragsgegner	243
III. Antragsgegenstand	243
IV. Antragsbefugnis / Antragsgrund	243
V. Antragsfrist	243
VI. Nur bei Anlass zu prüfen	243
B. Begründetheit	244
6. Abschnitt: Abstrakte Normenkontrolle	244
A. Zulässigkeit gemäß Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG; §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG	244
I. Zuständigkeit	244
II. Beteiligtenfähigkeit des Antragstellers	244
III. Richtiger Antragsgegenstand	245
IV. Antragsbefugnis	245
1. Normprüfungs- bzw. Normverwerfungsverfahren, § 76 Abs. 1 Nr. 1 BVerfGG	245
2. Normbestätigungsverfahren, § 76 Abs. 1 Nr. 2 BVerfGG	246
V. Nur bei Anlass zu prüfen	246
B. Begründetheit, Prüfungsmaßstab	247
C. Tenor (nur bei Anlass prüfen)	247
D. Wirkung der Entscheidung; §§ 79, 31 BVerfGG	248
E. Vollstreckung, § 35 BVerfGG	249
Fall 23: Renitente Landesregierung – Abwandlung zu Fall 17	249
7. Abschnitt: Konkrete Normenkontrolle oder Richtervorlage	251
A. Zulässigkeit gemäß Art. 100 Abs. 1 GG; §§ 13 Nr. 11, 80 ff. BVerfGG	251
I. Rechtsweg zum und Zuständigkeit des BVerfG	251
II. Richtiger Vorlagegegenstand	251
III. Vorlageberechtigung	252
IV. Vorlagevoraussetzungen bzw. Vorlagegrund; Art. 100 Abs. 1 GG	252
V. Nur bei Anlass zu prüfen	253

1. Formgerechter Antrag, § 23 BVerfGG	253
2. Ordnungsgemäße Begründung gemäß § 80 Abs. 2 BVerfGG	253
3. Mehrfachvorlage	254
B. Begründetheit	254
Fall 24: Die Partnerschaftsgesellschaft	254
8. Abschnitt: Einstweilige Anordnungen, Art. 93 Abs. 3 GG, § 32 BVerfGG	259
A. Zulässigkeit und Begründetheit des Antrags	259
I. Rechtsweg zum und Zuständigkeit des BVerfG gemäß § 32 BVerfGG	259
1. Zuständigkeit des BVerfG gemäß § 32 BVerfGG	259
2. Antragsberechtigung	259
3. Antragsbefugnis	259
4. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	259
5. Rechtsschutzbedürfnis	259
II. Begründetheit	260
B. Widerspruch, Außerkrafttreten	260
Stichwortverzeichnis	261

LITERATURVERZEICHNIS



Verweise in den Fußnoten auf „RÜ“ und „RÜ2“ beziehen sich auf die Ausbildungszeitschriften von Alpmann Schmidt. Dort werden Urteile so dargestellt, wie sie in den Examensklausuren geprüft werden: in der Rechtsprechungsübersicht als Gutachten und in der Rechtsprechungsübersicht 2 als Urteil/Behördenbescheid/Anwaltsschriftsatz etc.

RÜ-Leser wussten mehr: Immer wieder orientieren sich Examensklausuren an Gerichtsentscheidungen, die zuvor in der RÜ klausurmäßig aufbereitet wurden. Die aktuellsten RÜ-Treffer aus ganz Deutschland finden Sie auf unserer Homepage.

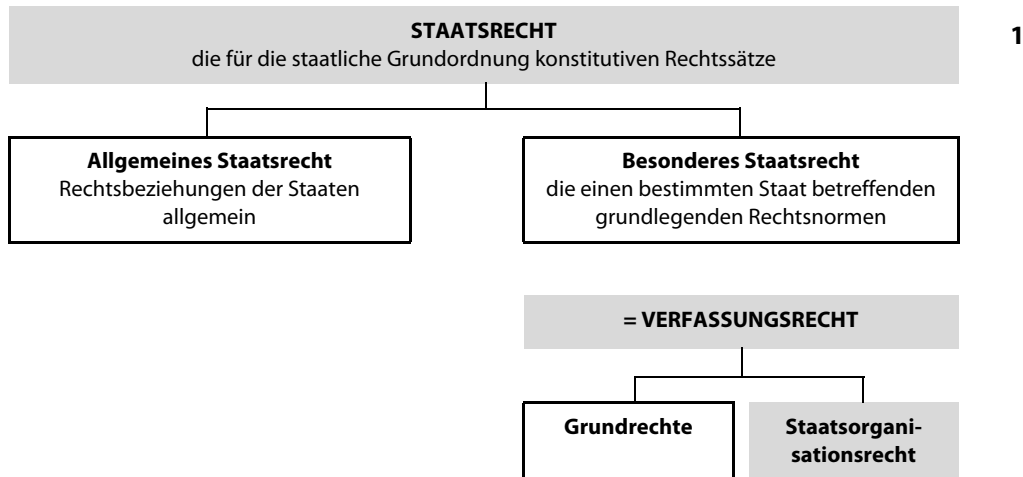
Abonnenten haben Zugriff auf unser digitales RÜ-Archiv.

Degenhart	Staatsrecht I, 34. Auflage 2018
Ehlers/Schoch	Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, 2009
Friauf/Höfling	Berliner Kommentar zum GG (Loseblatt), 2018
Frotscher/Pieroth	Verfassungsgeschichte 17. Auflage 2018
Gröpl	Staatsrecht I, 10. Auflage 2018
Hölscheidt	Das Recht der Parlamentsfraktionen, 2001
Hömig/Wolff	Grundgesetz 12. Auflage 2018
Ipsen	Staatsrecht I (Staatsorgansiationsrecht), 30. Auflage 2018
Isensee/Kirchhof	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage 2013
Jarass/Pieroth	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 15. Auflage 2018
Kahl/Waldhoff/Walter	Bonner Kommentar zum GG (Loseblatt), 2018
Kloepfer/Greve	Staatsrecht kompakt 3. Auflage 2018

Maurer	Staatsrecht I, 7. Auflage 2017
Maunz/Dürig	Grundgesetz (Loseblatt) 2018
Maunz/Schmidt-Bleibtreu/ Klein/Bethge	Bundesverfassungsgerichtsgesetz (Loseblatt), 2018
vMünch/Mager	Staatsrecht I, 8. Auflage 2015
Morlok/Michael	Staatsorganisationsrecht, 4. Auflage 2018
Robbers	Verfassungsprozessuale Probleme in der öffentl.-rechtl. Arbeit, 2. Auflage 2005
Sachs	GG, 8. Auflage 2018
Sachs	Verfassungsprozessrecht, 4. Auflage 2016
Schlaich/Korioth	Das Bundesverfassungsgericht, 11. Auflage 2018
Schmidt	Staatsrecht, 3. Auflage 2013
Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/ Henneke	Grundgesetz, 14. Auflage 2017
Schweitzer/Dederer	Staatsrecht III, 11. Auflage 2016
Sodan	Grundgesetz, 4. Auflage 2018
Stein/Frank	Staatsrecht, 21. Auflage 2010
von Mangoldt/Klein/Starck	Grundgesetz, 7. Auflage 2018

1. Teil: Vorbemerkung – Grundbegriffe – Verfassungsgeschichte

1. Abschnitt: Gegenstand und Einordnung des Verfassungsrechts



Das vorliegende Skript behandelt das **Staatsorganisationsrecht** und damit einen Teil des Verfassungsrechts. Die Begriffe Verfassungsrecht und Staatsrecht werden häufig synonym verwendet, obwohl sie nicht deckungsgleich sind.

A. Das Staatsrecht

Das **Staatsrecht** ist ein Teilbereich des Öffentlichen Rechts. Es befasst sich mit den Rechtssätzen, die konstitutiv für die allgemeine staatliche Grundordnung sind (Aufbau und Organisation des Staates, grundlegende Bestimmungen über das Verhältnis des Bürgers zum Staat).

- Das **allgemeine Staatsrecht** behandelt dabei **abstrakt** die Rechtsbeziehungen der Staaten, d.h. Begriff, Entstehen und Untergang eines Staates, sein Handeln und die grundsätzlichen Beziehungen zwischen dem Staat und den seiner Macht unterworfenen Personen.
- Das **besondere Staatsrecht** betrachtet demgegenüber die sich auf einen bestimmten Staat beziehenden Rechtsnormen und ist daher praktisch mit dem **Verfassungsrecht identisch**.¹

B. Das Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland

Das Verfassungsrecht der **Bundesrepublik Deutschland** ist weitgehend, aber nicht ausschließlich, im Grundgesetz (GG) geregelt. Es umfasst das Staatsorganisationsrecht und die Grundrechte.

¹ Zu weiteren, teilweise abweichenden Definitionen und Abgrenzungsversuchen vgl. Ipsen Staatsrecht I, Rn. 17 ff.; Maurer Staatsrecht I, § 1 Rn. 29 ff.; Morlok/Michael Staatsorganisationsrecht, Rn. 1 ff.

- 4 Die Vorschriften des Grundgesetzes bilden das sog. **formelle Verfassungsrecht**, d.h. die Regelungen, die in einer **Verfassungsurkunde** enthalten sind.

Die meisten Staaten haben eine geschriebene Verfassungsurkunde (wichtigste Ausnahme ist Großbritannien, wo sich verschiedene Verfassungsgesetze finden, z.B. die Magna Charta Libertatum, die Habeas-Corpus-Akte und die Bill of Rights).

- 5 Unter dem **materiellen Verfassungsrecht** versteht man demgegenüber alle für die staatliche Ordnung grundlegenden Regelungen. Es umfasst sämtliche dem (besonderen) Staatsrecht zugehörigen Rechtssätze, gleich auf welche Weise und an welcher Stelle diese kodifiziert sind.²

Allerdings gibt es im GG auch Vorschriften, die **nur formelles**, nicht aber materielles Verfassungsrecht darstellen, da sie für die staatliche Grundordnung irrelevant sind, z.B. Art. 27 GG: „Alle deutschen Kaufahrtschiffe bilden eine einheitliche Handelsflotte“ und Art. 48 Abs. 3 S. 2 GG: Die Abgeordneten „haben das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel.“

Zum materiellen Verfassungsrecht der Bundesrepublik zählen deshalb – neben den grundgesetzlichen Vorschriften –

- 6 ■ die grundlegenden Vorschriften des **Einigungsvertrages** (EV) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR:³

Der EV regelt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und dessen Rechtsfolgen. Insbesondere setzt er das GG im Beitrittsgebiet in Kraft und trifft die Regelungen zur Überleitung der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Herstellung der staatlichen Einheit. Die DDR hört mit dem Wirksamwerden des Beitritts auf zu bestehen, die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik Deutschland wird auf das Beitrittsgebiet erstreckt. Insoweit ist der EV dem Verfassungsrecht zuzuordnen.

- 7 ■ **einfache Gesetze**, soweit sie die **staatliche Grundordnung** betreffen,

z.B. Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), PUAG, Bundeswahlgesetz (BWG), Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG);

- 8 ■ **Geschäftsordnungen der Verfassungsorgane**,

z.B. GO Bundestag, GO Bundesrat, GO Bundesregierung.

² vMünch/Mager Staatsrecht I, Rn. 7.

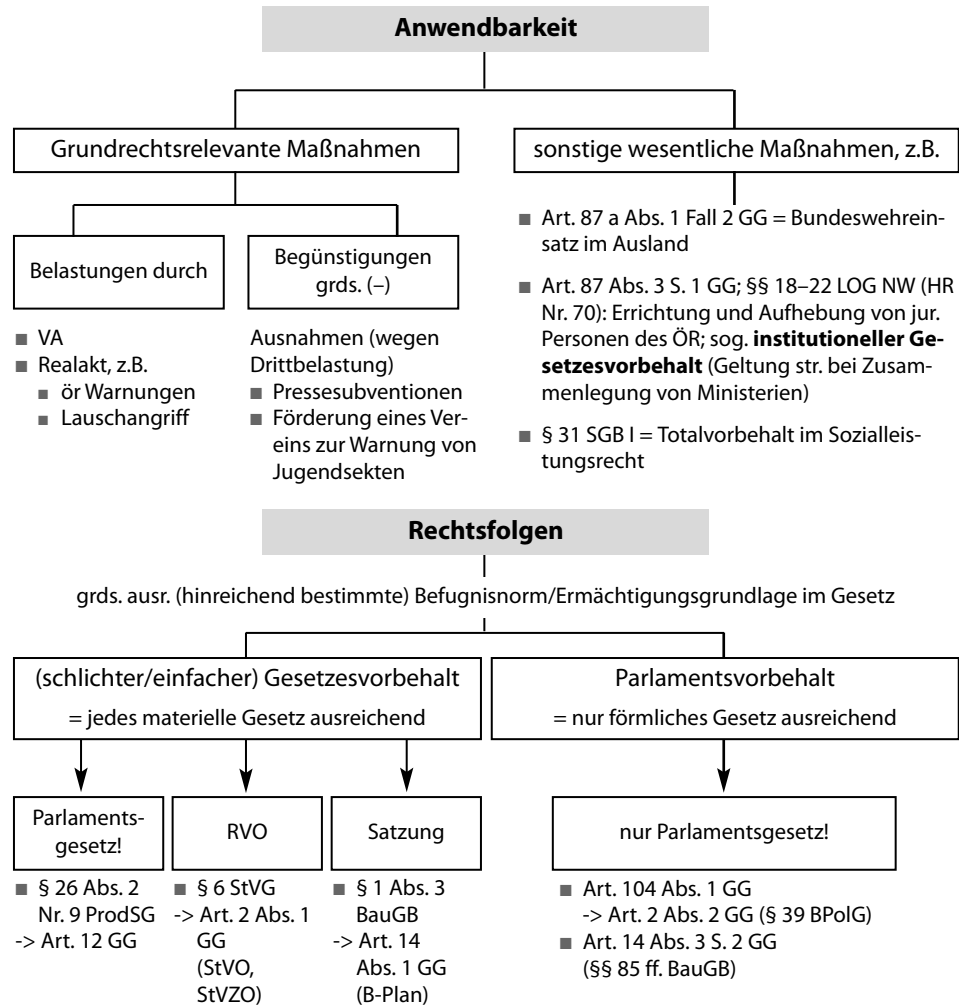
³ BVerfG DVBl. 1996, 1365.

2. Vorbehalt des Gesetzes (kein Handeln ohne Gesetz)

a) Überblick

164

Vorbehalt des Gesetzes



Ausnahmen

- Warnerklärungen (str.); (gewohnheitsrechtl.) Hausrecht des Behördenleiters, sofern nicht ausdrücklich geregelt
- Übergangszeit, drohendes Rechtsvakuum (Strafgefangene = BVerfGE 33, 1; Volkszählung = BVerfGE 65, 1)

b) Ableitung

Dieser Grundsatz wird abgeleitet aus dem Rechtsstaatsprinzip, aus dem Demokratieprinzip sowie aus dem möglicherweise betroffenen Grundrecht.²¹⁹ **165**

Bei jedem Grundrecht ist der Eingriff in den Schutzbereich bereits dann rechtswidrig, wenn ein (wirksames) Gesetz als Eingriffsermächtigung bzw. Konkretisierung der jeweiligen Grundrechtsschranke fehlt.²²⁰

c) Anwendbarkeit

Der Vorbehalt des Gesetzes gilt nach der sog. **Wesentlichkeitstheorie** für alle Angelegenheiten, die für die Verwirklichung der Grundrechte von Bedeutung sind (grundrechtsrelevante, insbes. belastende Maßnahmen) sowie für Angelegenheiten, die erhebliche Auswirkungen für die Allgemeinheit haben oder kontroverse Fragen betreffen.²²¹ **166**

■ **Grundrechtsrelevante Maßnahmen** sind insbesondere **167**

- alle Eingriffe in den Schutzbereich eines Grundrechts durch Realakte oder Rechtsakte (VA, Urteil),²²²
- Besoldung und Versorgung von Beamten (wegen Art. 33 Abs. 5 GG),²²³
- Regelung grundrechtlicher Gemengelagen, insbesondere im Schulrecht,²²⁴
- Beeinträchtigung von grundrechtsbezogenen Einrichtungsgarantien bzw. von Bereichen, die grundsätzlich staatsfrei bleiben sollen.²²⁵

■ **Sonstige wesentliche Maßnahmen** (die weder belastend noch grundrechtsrelevant sind): **168**

- Übertragung von Hoheitsrechten, z.B. gemäß Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG oder gemäß Art. 24 Abs. 1 GG,
- Abschluss von Staatsverträgen i.S.v. Art. 59 Abs. 2 S. 1 Fall 1 GG,
- bewaffneter Einsatz der Bundeswehr im Ausland gemäß Art. 87 a Abs. 1 i.V.m. 24 Abs. 2 GG (sog. wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt)²²⁶
- Einrichtung neuer Bundesbehörden bzw. neuer Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts auf der Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden (z.B. gemäß Art. 87 Abs. 3 S. 1 GG; §§ 18, 21 LandesorganisationsG NRW; § 114 a GemeindeO NRW); sog. **institutioneller Gesetzesvorbehalt**,

219 Zu den teilweise str. Einzelheiten vgl. Morlok/Michael Staatsorganisationsrecht, Rn. 212; Voßkuhle JuS 2007, 118; Maurer Staatsrecht I, § 8 Rn. 20; Detterbeck Jura 2002, 235 f.; BVerfGE 49, 89, 126; 78, 179, 197.

220 Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 289.

221 BVerfGE 49, 89, 126; 77, 170, 230; 78, 179, 197; Maurer Staatsrecht I, § 8 Rn. 21, 22; Detterbeck Jura 2002, 235, 236 f.; krit. Gusy JA 2002, 610, 614 f.

222 Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 290 ff.; BVerfG NJW 2006, 2093 (Jugendstrafvollzug); NJW 2013, 2337 (Zwangsbehandlung).

223 BVerwG NWVBl. 2005, 21: Gesetzesvorbehalt aus Art. 33 Abs. 5 GG.

224 BVerfGE 47, 46; BVerfGE 89, 218; ähnlich OVG NRW NJW 1998, 1243 und Menzel NJW 1998, 1177 sowie Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 304 ff.; a.A. etwa OVG Niedersachsen NJW 1997, 3456 und OVG Sachsen SächsVBl. 1997, 298.

225 Vgl. OVG Berlin DVBl. 1975, 905; BVerwG DVBl. 1992, 1038.

226 Vgl. Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 32 ff.; BVerfGE 90, 286; Axer ZRP 2007, 82; Voß ZRP 2007, 78.

- 169 ■ sonstige grundlegende organisatorische Entscheidungen der Exekutive, sofern die Rechtsstellung des Bürgers betroffen wird oder bei Änderung von Verwaltungseinrichtungen mit hoheitlichen Entscheidungsbefugnissen.

Beispiel: Nach umstr. Auffassung des VerfGH NRW ist die **Zusammenlegung des Innen- und des Justizministeriums** deshalb wesentlich, weil diese Frage kontrovers diskutiert worden ist und weil dadurch der Grundsatz der Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Rechtsschutzgarantie berührt seien.²²⁷

Diese Entscheidung wird von der Lit. überwiegend abgelehnt, weil sie Organisationsgewalt der Regierung bzw. den Verwaltungsvorbehalt zugunsten der Exekutive unzulässig einschränke und der Grundsatz der Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Rechtsschutzgarantie nicht angetastet seien.²²⁸

d) Rechtsfolgen bei Anwendbarkeit des Prinzips vom Vorbehalt des Gesetzes

- 170 Die Maßnahme der Exekutive bedarf grundsätzlich einer **hinreichend bestimmten Befugnisnorm oder Ermächtigungsgrundlage** in einem materiellen Gesetz (grundsätzlich nicht ausreichend sind Zuständigkeitsnormen bzw. Aufgabenzuweisungen).²²⁹
- 171 ■ **Verschärfte Anforderungen** ergeben sich bei ganz wesentlichen Eingriffen (sog. **Parlamentarvorbehalt**).²³¹
- Dies wird insbesondere bejaht bei Eingriffen in besonders hochwertige Grundrechte, wie z.B. Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG; vgl. insofern den ausdrücklichen Parlamentarvorbehalt in Art. 104 Abs. 1 S. 1 GG („nur aufgrund eines **förmlichen** Gesetzes“).
- **Verminderte Anforderungen** gelten in den folgenden (überwiegend streitig diskutierten) Fällen:
- 172 ■ Staatliche **Informationstätigkeit**, insbesondere **Äußerungen** und Warnerklärungen; hier sollen auch Zuständigkeitsnormen, wie z.B. Art. 65 S. 2 GG i.V.m. grundrechtlichen Schutzpflichten und der Gemeinwohlverpflichtung von Ministern entsprechend Art. 64 Abs. 2 i.V.m. Art. 56 GG, ausreichend sein, weil die jeweiligen Grundrechtsbeeinträchtigungen nicht final unmittelbar erfolgten, sondern faktisch mittelbar (zu Einzelheiten s.u. **Bundesregierung** Rn. 343 ff., 351 f.),²³²
- 173 ■ **informales Verwaltungshandeln**;²³³
- 174 ■ Ausübung des **Hausrechts** in **gesetzlich nicht geregelten** Fällen kraft Gewohnheitsrecht bzw. Organisationsgewalt des Behördenleiters;

227 Vgl. VerfGH NRW NJW 1999, 1243.

228 Vgl. Brinktrine Jura 2000 S. 128; Sachs JuS 1999, 1122; Erbguth NWVB. 1999, 365; Isensee JZ 1999, 1113; Böckenförde NJW 1999, 1235.

229 Wehr JuS 1997, 419, 423; Detterbeck a.a.O. S. 238.

230 Zu den – zwischen Lit. und Rspr. – streitigen Einzelheiten vgl. Schoch DVBl. 1991, 667; Lege DVBl. 1999, 569; Gusy NJW 2000, 980 f.

231 Vgl. Morlok/Michael Staatsorganisationsrecht, Rn. 213, 422; Maurer Staatsrecht I, § 8 Rn. 21; Detterbeck a.a.O. S. 237; Gusy a.a.O. S. 615 f.

232 BVerfGE 105, 252, 273 – Glykol –; 105, 279, 303 ff.; VG Düsseldorf RÜ 2012, 525; Detterbeck a.a.O. S. 240; Ruge ThürVB. 2003, 49; Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 319 ff.

233 Vgl. dazu ausführlich Bethge Jura 2003, 327.

Ausdrücklich geregelt ist das Hausrecht z.B. des Bundestagspräsidenten in Art. 40 Abs. 2 S. 1 GG, des Gerichtes in § 176 GVG, des Bürgermeisters in Ratssitzungen in § 50 Abs. 1 GemeindeO NRW, des Anstaltsleiters von öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde in § 8 Abs. 2 GemeindeO NRW.

- Ausschluss eines Anwaltes durch das Gericht wegen Verstoßes gegen das **kommunalrechtliche Vertretungsverbot** analog § 67 Abs. 3 S. 1 VwGO, z.B. i.V.m. §§ 43 Abs. 2, 31 Abs. 1 S. 2 GemeindeO NRW;²³⁴ 175

- **Leistungsverwaltung**, insbesondere Gewährung von **Subventionen**; 176

Hier reicht nach h.M. grundsätzlich aus, dass die Frage des „Ob“ in einem Haushaltsgesetz (Gesetz im nur formellen Sinne) oder in der Haushaltssatzung geregelt ist, während die Frage des „Wie“, also die Modalitäten der Gewährung der Subvention, auch in Verwaltungsvorschriften, z.B. Ermessensrichtlinien, geregelt werden könnten.²³⁵ Etwas anderes soll gelten bei der Subventionierung der Jugendorganisationen der politischen Parteien.²³⁶

- für **Übergangszeit** bei drohendem Rechtsvakuum, d.h. zur Vermeidung einer sonst eintretenden Funktionsunfähigkeit staatlicher Einrichtungen, die der verfassungsmäßigen Ordnung noch ferner stünde als der bisherige Zustand (sog. **Chaosgedanke**). 177

Allerdings dürfen während der Übergangszeit Maßnahmen nur insoweit getroffen werden, als dies für die Sicherung der Verwaltung unerlässlich ist. Im Hinblick auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist stets zu prüfen, ob sich die Funktionsfähigkeit nicht durch schonendere Maßnahmen sicherstellen lässt.²³⁷

Beispiele: Erhebung personenbezogener Daten durch die Polizei ohne bereichsspezifische Ermächtigungsgrundlage bis zum Erlass entsprechender landesrechtlicher Regelungen.²³⁸

Postkontrolle bei Strafgefangenen (Art. 10 GG) bis zum Erlass des Strafvollzugsgesetzes.²³⁹

3. Abgrenzung zum Verwaltungsvorbehalt

Aus Gründen der Gewaltenteilung ist das Prinzip vom Vorbehalt des Gesetzes im Einzelfall abzugrenzen vom **Verwaltungsvorbehalt** bzw. von der **Organisationsgewalt** von Bundes- und Landesministern, also dem Bereich, den die Exekutive völlig eigenverantwortlich ohne Beteiligung des Parlaments bzw. der Legislative regeln kann.²⁴⁰ 178

Wohl nicht mehr von der Organisationsgewalt der Bundesregierung gedeckt ist die Einrichtung des **Nationalen Ethikrates** ohne Beteiligung und Information des Bundestags.²⁴¹

²³⁴ Vgl. BVerfG NJW 1988, 694; BayVerfGH NJW 1980, 1870; OVG NRW NJW 1975, 2086; Kopp/Schenke § 67 VwGO Rn. 18; a.A. Schoch JuS 1989, 531; Ehlers NVwZ 1990, 44, 49.

²³⁵ BVerwG DVBl. 1978, 212; Morlok/Michael Staatsorganisationsrecht, Rn. 214; Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 300; Detterbeck a.a.O. S. 238 f.; a.A. Maurer Staatsrecht I, § 8 Rn. 22; Oldiges NJW 1984, 1927, 1929.

²³⁶ OVG Berlin-Brandenburg RÜ 2012, 798.

²³⁷ Vgl. BVerfG NJW 2006, 2093, 2097 f.; NJW 1992, 1875; BVerwG DVBl. 1996, 570; OVG NRW DVBl. 1993, 1321, 1323; Hess-VGH NVwZ-RR 1996, 654.

²³⁸ BVerfGE 65, 1 f.

²³⁹ BVerfGE 33, 1, 13 – Strafgefangenenurteil; seit dieser Entscheidung gilt unstreitig der Vorbehalt des Gesetzes auch im besonderen Gewaltverhältnis, heute bezeichnet als Sonderstatus – oder verwaltungsrechtliches Sonderrechtsverhältnis.

²⁴⁰ Vgl. dazu i.E. BVerfGE 49, 89, 125; Maurer Staatsrecht I, § 18 Rn. 25 f.; § 14 Rn. 33.

²⁴¹ M. Schröder NJW 2001, 2144 m.w.N.

BUNDESSTAATSPRINZIP

I. **Begriff:** ein Gesamtstaat, bei dem die Ausübung der Staatsgewalt auf einen **Zentralstaat** (Bund) und mehrere **Gliedstaaten** (Länder) aufgeteilt ist

- ➔ **Selbstständigkeit** der Länder
 - eigene Staatsqualität (arg. e. Art. 30, 70, 83 GG)
 - Ewigkeitsgarantie, Art. 79 Abs. 3 GG
- ➔ aber gewisse **Unterordnung** unter den Gesamtstaat
 - vgl. Art. 28 Abs. 1 und 3, 31, 37, 84, 85 GG u.a.
 - Kompetenz-Kompetenz des Bundes, Art. 79 GG
 - kein Austrittsrecht der Länder

II. **Konstruktive Aufgliederung** nach h.M. **zweigliedrig:**

nur Bund und Länder als staatliche Ebenen auf identischem Staatsgebiet

- keine selbstständige Bedeutung des Gesamtstaates Bundesrepublik
- „Gesamtheit der Länder“ kein eigenständiges Rechtssubjekt

III. **Regelung der Aufgabenverteilung**

Trennungsprinzip Art. 30 GG:

- grds. Länder zuständig, wenn nicht Zuständigkeit des Bundes bestimmt

Zuständigkeitszuweisungen

- durch Spezialregeln, z.B. Art. 32 Abs. 1, 104 a GG
- nach Funktionen
 - Art. 70 ff.: Gesetzgebung
 - Art. 83 ff.: Verwaltung
 - Art. 92 ff.: Rechtsprechung

➔ Unterscheidung Bundesrecht – Landesrecht
 Art. 31 GG: Bundesrecht bricht Landesrecht
 (i.d.R. ohne Bedeutung, da im Kollisionsfall meist schon Zuständigkeit fehlt)

IV. **Rechtsbeziehungen zwischen Bund und Ländern**

1. **Einwirkungsmöglichkeiten**

- des Bundes auf die Länder
 (z.B. Art. 28 Abs. 3, 37, 83 ff., 104 a Abs. 4, 107, 109 GG)
- der Länder auf den Bund, insbes. Art. 50 GG

2. Gebot zum **bundesfreundlichen Verhalten** (Bundestreue)

- verfassungsrechtliches Gewohnheitsrecht
- Inhalt: Zusammenwirkungspflicht, um bundesstaatliche Ordnung zu erhalten
- **Rechtsfolgen:**
 - keine selbstständigen Rechte und Pflichten
 - nur Hilfs-, Mitwirkungs-, Rücksichtnahmepflichten

3. **Kooperativer Föderalismus**

- Zusammenwirken von Bund und Ländern
 - Art. 91 a–e GG
 - sonstige Vereinbarungen und (beratende) Gremien
- Vereinbarungen zwischen den Ländern, insbes. Staatsverträge
 - keine Preisgabe der Staatlichkeit
 - Gemeinschaftseinrichtungen nur, wenn keine dritte Ebene der Staatlichkeit

7. Abschnitt: Die freiheitliche demokratische Grundordnung und verwandte Begriffe

219 A. In zahlreichen Vorschriften verwendet das Grundgesetz den Begriff der **freiheitlich demokratischen Grundordnung**.

Art. 18 S. 1, 21 Abs. 2 S. 1 und 91 Abs. 1 GG, ferner in Art. 10 Abs. 2 S. 2, 11 Abs. 2, 73 Nr. 10 b, 87 a Abs. 4 S. 1 GG. Auch der in Art. 9 Abs. 2 GG und Art. 98 Abs. 2 S. 1 GG verwandte Begriff der verfassungsmäßigen Ordnung hat die gleiche Bedeutung; anders aber in Art. 2 Abs. 1 GG, wo die verfassungsmäßige Ordnung nach der Rspr. des BVerfG die gesamte Rechtsordnung umfasst.

I. Dem Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird allerhöchster Rang eingeräumt. Sein **Inhalt** wurde vom BVerfG aus den wesentlichen Merkmalen der Demokratie sowie des Rechtsstaates entwickelt: Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist eine Ordnung, die unter **Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung** auf der Grundlage der **Selbstbestimmung des Volkes** nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der **Freiheit und Gleichheit** darstellt.³²²

220 II. Zu den **grundlegenden Prinzipien** dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

- die Achtung vor den im GG konkretisierten Menschenrechten, vor allem des Rechts der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien, mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition,
- das sozialstaatliche Bemühen, schädliche Auswirkungen schrankenloser Freiheit zu verhindern und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Es liegt nahe, die freiheitliche demokratische Grundordnung den in Art. 79 Abs. 3 GG gewährleisteten Prinzipien gegenüber zu stellen. Teilweise wird angenommen, dass beide Bereiche sich decken. Nach h.M. ist der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung aber insofern enger, als er die Republik und das Bundesstaatsprinzip nicht umfasst,³²³ sich also nur auf den Kernbestand des Demokratie- und Rechtsstaatsprinzips bezieht. – Vgl. auch die Aufzählung in § 4 Abs. 2 BVerfSchG und § 92 Abs. 2 Nr. 1–5 StGB.

322 BVerfGE 2, 1, 12 – SRP-Urteil; BVerfGE 5, 85, 140 – KPD-Urteil; BVerwG DVBl. 1995, 37, 38; HessVGH NVwZ 1999, 904; NJW 2000, 232; Maurer Staatsrecht I, § 23 Rn. 5; Z/W S. 503 ff.; Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 85; Morlok/Michael Staatsorganisationsrecht, Rn. 146; Gröpl Staatsrecht I, Rn. 238 ff.

323 Degenhart Staatsorganisationsrecht, Rn. 222; Gröpl Staatsrecht I, Rn. 240; Ipsen Staatsrecht I, Rn. 187.

III. Ein Verstoß gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung liegt noch nicht bei Ablehnung einzelner Aspekte vor (wegen Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG), sondern erst bei **aggressiver Grundhaltung und Bekämpfung**.³²⁴ **221**

B. Verwandte Begriffe, die wie die freiheitlich demokratische Grundordnung Verfassungsrang haben, sind:

- **Verfassungsmäßige Ordnung** (Art. 9 Abs. 2, 2 Abs. 2 GG); **222**
- **Verfassungstreue** (Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG);³²⁵
- **Gebot der Rechtstreue** (ungeschriebene Voraussetzung von Art. 140 GG, 137 Abs. 5 S. 2 WRV);³²⁶
- **Gemeinwohl** (§ 80 BGB, z.B. i.V.m. § 4 Abs. 1 a StiftungsG NRW);
- **Bestand des Bundes** bzw. der BRD (§ 92 Abs. 1 StGB; Art. 10 Abs. 2 S. 2, 11 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG);
- **demokratische Grundsätze** (Art. 21 Abs. 1 S. 2 GG).³²⁷

324 BVerfGE 5, 85; BVerwG RÜ 2010, 795.

325 Zur Bedeutung im Rahmen des Ermessens gemäß § 8 Abs. 1 StAG vgl. VGH BW NVwZ 2001, 1434.

326 BVerfG NJW 2001, 429.

327 Zum Ganzen vgl. auch Maurer Staatsrecht I, § 23.

3. Teil: Wahlen – Bundestag – Parteien

1. Abschnitt: Die Wahl des Bundestages

A. Wahlsystem

- 223 I.** Beim **Wahlsystem** gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten für die Verknüpfung der abgegebenen Stimmen mit den zu besetzenden Abgeordnetensitzen:

Bei der **Mehrheitswahl** wird das Wahlgebiet in so viele **Wahlkreise** eingeteilt, wie Sitze im Parlament zu vergeben sind. In jedem Wahlkreis wird ein Kandidat gewählt.

Bei der **absoluten** Mehrheitswahl siegt, wer mehr als 50% der abgegebenen Stimmen in seinem Wahlkreis auf sich vereinigt. Gelingt dies keinem Kandidaten, muss eine Stichwahl erfolgen (so z.B. in Frankreich). Bei der relativen Mehrheitswahl (so in Großbritannien) ist gewählt, wer mehr Stimmen als jeder andere Mitbewerber in seinem Wahlkreis erhält.

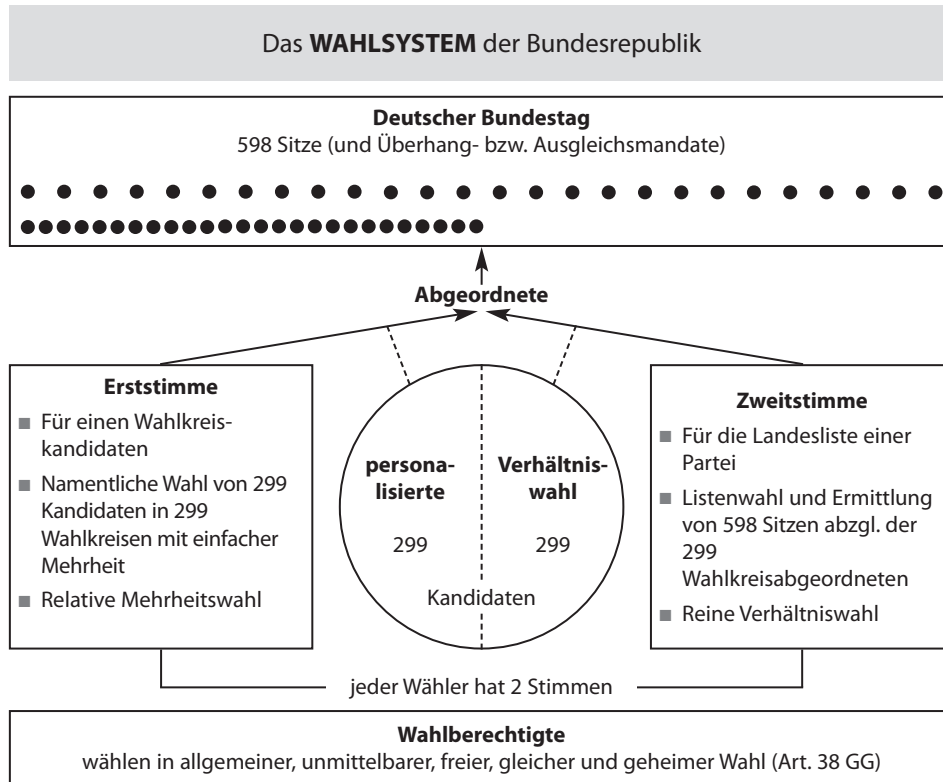
- 224 II.** Beim **Verhältnismahlrecht** werden von den Parteien aufgestellte Listen gewählt. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie es ihrem Prozentanteil an Stimmen entspricht. Hierbei sind weitere Unterscheidungen möglich: Systeme mit starrer³²⁸ oder mit freier Liste (d.h. Auswahlmöglichkeit der Wähler), mit unbeweglicher (so beim Bundestag) oder beweglicher Mitgliederzahl der zu wählenden Körperschaft.

Die Mehrheitswahl führt zwar regelmäßig zu stabilen Regierungsverhältnissen, benachteiligt aber Minderheiten. Beim Verhältnismahlrecht ist der Erfolgswert der abgegebenen Stimmen dagegen weitgehend gleich. Aber es droht eine Zersplitterung des Parlaments in zahlreiche kleine politische Gruppen, die nur schwer eine regierungsfähige Mehrheit bilden können. Der Gesetzgeber kann zwischen beiden Systemen grundsätzlich frei wählen.³²⁹

- 225 III.** Das Wahlsystem für die **Bundestagswahlen** ist nicht im GG niedergelegt, sondern hat nur die **Wahlrechtsgrundsätze** des Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG einzuhalten. Nach Art. 38 Abs. 3 GG bestimmt das Nähere ein Bundesgesetz. Das Wahlsystem selbst ist daher im Bundeswahlgesetz (BWG) geregelt und besteht aus einer **Verbindung der beiden o.g. Systeme (personalisierte Verhältnismahl)**:

³²⁸ Zur Verfassungsmäßigkeit vgl. BVerfG RÜ 2012, 35 (§ 2 Abs. 7 EuWG).

³²⁹ BVerfG NJW 1998, 2892, 2893; NJW 1997, 1553; BVerfG RÜ 2012, 587.



1. Der Bundestag hat grundsätzlich 598 Abgeordnete (§ 1 Abs. 1 BWG), wovon eine Hälfte (299) durch Mehrheitswahl (Direktmandate) und die andere (Listenmandate) nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird (§ 1 Abs. 2 BWG).

2. Jeder Wähler hat **zwei Stimmen**: eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste (§ 4 BWG).³³⁰

3. Die **Verteilung der Sitze** richtet sich nach § 6 BWG:

a) 1. Stufe/1. Verteilung: Verteilung auf die Landeslisten der Parteien – Sitzkontingente nach Bevölkerungszahl

- Zusammenzählung der für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen; § 6 Abs. 1 S. 1 BWG.
- Die Gesamtzahl der Sitze gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 BWG (598) wird den Ländern nach deren Bevölkerungsanteil (§ 3 Abs. 1 BWG) zugeordnet; § 6 Abs. 2 S. 1 Hs. 1 BWG.
- Die so ermittelte Sitzzahl wird auf der Grundlage der zu berücksichtigenden Zweitstimmen den Landeslisten zugeordnet; § 6 Abs. 2 S. 1 Hs. 2 BWG.

Gemäß § 6 Abs. 3 S. 1 Hs. 1 BWG bleiben Parteien, die weniger als 5% der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen konnten, bei der Sitzverteilung grundsätzlich unberücksichtigt (sog. **Sperrklausel**), so-

330 Zur Verfassungsmäßigkeit des dadurch möglichen Stimmensplittings BVerfG NJW 1989, 1347; 1997, 1553, 1558.

Weitere Verfassungsorgane sind:

263

- der **Bundesrat** (Art. 50 ff. GG),
- der Gemeinsamer Ausschuss als Notparlament (Art. 53 a, 115 e GG),
- der **Bundespräsident** (Art. 54 ff. GG),
- die Bundesversammlung (Art. 54 GG),
- **Bundesregierung und Bundeskanzler** (Art. 62 ff. GG) und
- das **Bundesverfassungsgericht** (Art. 93, 94 GG).

B. Zuständigkeiten und Aufgaben

Fall 7: Außenpolitischer Bundestagsbeschluss

Im Staat S ist die alte Regierung gestürzt und durch eine neue, sich als Revolutionsregierung bezeichnende Regierung R ersetzt worden. Die alte Regierung hat eng mit den USA zusammengearbeitet; deshalb lehnt die US-Regierung eine Anerkennung von R als neue Regierung des Staates S ab und verlangt ein entsprechendes Verhalten auch von ihren Verbündeten. Die Bundesregierung hält es zumindest während der nächsten Zeit für politisch geboten, sich diesem Wunsche nicht zu widersetzen und verweigert der neuen Regierung R gegenüber die formelle Anerkennung. Die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages sympathisiert dagegen stark mit der Regierung R. Deshalb beraten die außenpolitischen Arbeitskreise der Fraktionen über Schritte, die die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer Haltung veranlassen könnten. Für folgende Möglichkeiten ist anzunehmen, dass sie eine Mehrheit im Bundestag finden:

1. Der Bundestag appelliert in einer Entschließung an die Bundesregierung, ihre Haltung gegenüber R zu überdenken und möglichst zu ändern.
2. Der Bundestag fasst einen Beschluss, wonach die Bundesregierung verpflichtet wird, innerhalb einer Frist von drei Monaten die Regierung R als rechtmäßige Regierung des Staates S anzuerkennen.

Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, beide Beschlüsse würden die von ihr für richtig gehaltene Außenpolitik schwerwiegend stören. Zudem sei der Bundestag gar nicht zuständig. Ist der Bundestag für die beiden Maßnahmen zuständig?

- I. Die Zuständigkeit des Bundestages ist an keiner Stelle im GG grundsätzlich geregelt. Sie wird überwiegend dahin umschrieben, dass der Bundestag als das oberste, das Volk repräsentierende Verfassungsorgan über **umfassende Zuständigkeiten** verfügt, die aber **durch die Zuständigkeiten der anderen Staatsorgane eingeschränkt** werden.

264

Der Bundestag (BT) hat folgende **Hauptaufgaben**:³⁹⁰

³⁹⁰ Vgl. auch (mit teilweise anderen Bezeichnungen) Morlok/Michael Staatsorganisationsrecht, Rn. 606 ff.; Ipsen Staatsrecht I, Rn. 200 ff.; Maurer Staatsrecht I, § 13 Rn. 119 ff.; Morlok/Hientzsch JuS 2011, 1, 2.

- 265 ■ Wahl bestimmter Staatsorgane (z.B. Art. 63, 94 Abs. 1 S. 2 GG); sog. **Wahl- oder Kreationfunktion**;
- 266 ■ **Kontrollfunktion** gegenüber der Exekutive, z.B.
- Art. 43 Abs. 1 GG: **Zitierrecht; Frage- bzw. Interpellationsrecht** (i.V.m. §§ 100–106 GO BT i.V.m. Anlage 4, 7),³⁹¹
 - Einsatz der Bundeswehr im Ausland,
 - Die Verweigerung von Auskünften, insbesondere wegen Geheimhaltungsbedürftigkeit, ist von der Bundesregierung angemessen ausführlich zu begründen.³⁹²
 - Art. 13 Abs. 6, 44, 45 b, 59 Abs. 2 S. 1, 144 GG,
- 267 ■ Mitwirkung an der **europäischen Integration**
- Art. 23 Abs. 2, 3 i.V.m. ZusammenarbeitsG und IntegrationsverantwortungsG
- 268 ■ **Legislativ- und Etatfunktion** (vgl. Art. 77, 110 GG);
- Zur Bedeutung des Budgetrechts für den Bundestag führt das BVerfG in seinem Urteil zum Euro-Rettungsschirm aus: „Danach läge eine das Demokratieprinzip und das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag verletzende Übertragung wesentlicher Bestandteile des Budgetrechts des Bundestags jedenfalls dann vor, wenn die Festlegung über Art und Höhe der den Bürger treffenden Abgaben im wesentlichen Umfang supranationalisiert und damit der Dispositionsbefugnis des Bundestags entzogen würde.“³⁹³
- Die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Bundestags darf bei wichtigen Entscheidungen auch nicht auf ein Sondergremium (z.B. **9er-Sondergremium** gemäß § 3 Abs. 3 StabilisierungsmechanismusG) übertragen werden.³⁹⁴
- **Repräsentationsfunktion**; Art. 20 Abs. 2, 38 Abs. 1 S. 2 GG.
- Art. 20 Abs. 2 GG: Demokratie als Herrschaft über das Volk durch gewählte Repräsentanten
- Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG: Repräsentation des Volkes durch die Gesamtheit seiner Abgeordneten³⁹⁵
- 269 II. Für den praktischen Fall empfiehlt sich folgende Prüfung:
1. Die Zuständigkeit des BT kann sich aus **Spezialvorschriften** ergeben.

Beispiele: Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63, 67, 68 GG); Gesetzesinitiative, Beratung und Beschlussfassung bei Bundesgesetzen (Art. 76 ff. GG); das Zitierrecht nach Art. 43 Abs. 1 GG, das Enqueterecht nach Art. 44 GG und das Recht zu Anfragen (Interpellationsrecht) nach §§ 100 ff. GO BT; das Recht zur Anklage des Bundespräsidenten (Art. 61 GG) sowie Feststellung des Verteidigungsfalles (Art. 115 a GG).

391 Ipsen Staatsrecht I, Rn. 204 ff.; Morlok/Michael Staatsorganisationsrecht, Rn. 218 Fn. 91; Schwarz BayVBl. 2012, 161; Daiber RuP 2012, 97 (EU-Angelegenheiten). Zum Umfang der Beantwortungspflicht der Regierung bei parlamentarischen Anfragen vgl. BVerfG NVwZ 2004, 1105, Anm. Kotzur Jura 2007, 52; Gusy JA 2005, 395; BVerfG NVwZ 2009, 1092 (Überwachung von Abgeordneten durch Nachrichtendienste); Anm. Sachs JuS 2010, 840; NVwZ 2009, 1353; VerfGH NRW RÜ 2008, 651; BVerfG NVwZ 2009, 1092; VerfGH Bremen DVBl. 2009, 1129 ff.; 1132 f.; Gusy ZRP 2008, 36; HambVerfG NVwZ-RR 2011, 267 Anm. Schnabel NVwZ 2011, 604.

392 BVerfG NVwZ 2009, 1092.

393 BVerfG RÜ 2011, 650, 654; BVerfG RÜ 2012, 723.

394 BVerfG NVwZ 2012, 495.

395 BVerfG NVwZ 2012, 967 (§ 6 BVerfGG); NVwZ 2012, 495 (Sondergremium EFSF).

2. Falls eine Spezialvorschrift nicht eingreift, so ist grundsätzlich von einer **umfassenden Zuständigkeit** des Bundestages auszugehen, die jedoch in zweifacher Hinsicht **eingeschränkt** wird:

- durch das **Bundesstaatsprinzip** und
- durch das **Gewaltenteilungsprinzip**.

- a) Der Bundestag kann nur zuständig sein, wenn die Sachfrage in die **Kompetenz des Bundes** fällt. Um eine Befassung des Bundestages mit einem bestimmten Thema zu rechtfertigen, ist es ausreichend, dass ein Sachzusammenhang mit einer Bundeszuständigkeit besteht. Beispielsweise darf der Bundestag über alle Fragen diskutieren, die im Bereich der Bundesgesetzgebung oder der Bundesverwaltung bedeutsam werden.
- b) Es darf kein **anderes (Bundes-)Organ zuständig** sein. In erster Linie wird der Bundestag durch die Befugnisse der Exekutive (Regierung und Verwaltung) beschränkt. Hierbei ist aber zu beachten, dass der Bundestag bezüglich der Exekutive über eine Kontrollfunktion verfügt.

Kaum Schwierigkeiten bereitet die Abgrenzung der Befugnisse des Bundestages zur **Rspr.**: Selbstverständlich darf der Bundestag nicht in gerichtliche Verfahren eingreifen. Im Übrigen ist es aber wegen der jederzeit gegebenen Möglichkeit, Missstände durch Gesetz zu regeln, grundsätzlich zulässig, dass der Bundestag sich auch mit Fragen befasst, die Gegenstand der Rspr. sind.

III. Danach gilt **für den vorliegenden Fall**:

270

1. Eine **spezielle Zuständigkeit** des Bundestages greift nicht, insbesondere weist Art. 32 Abs. 1 GG die auswärtigen Angelegenheiten allgemein dem Bund und nicht dem Bundestag zu.
2. Im Übrigen verfügt der Bundestag grundsätzlich über eine **umfassende Zuständigkeit**, soweit der Bund zuständig ist und die Aufgabe nicht in den Kompetenzbereich eines anderen Organs fällt.
 - a) Dass der Bund die **Verbandskompetenz** für die auswärtigen Angelegenheiten hat, ergibt sich aus Art. 32 Abs. 1, 73 Nr. 1 GG.
 - b) Die Zuständigkeit des Bundestages könnte durch Zuständigkeiten eines (Bundes-)Organs der Exekutive beschränkt sein. Die Entscheidung, ob eine diplomatische Anerkennung erfolgt, obliegt zunächst der Bundesregierung. Bundesregierung und Bundeskanzler haben aber **kein außenpolitisches Monopol**. Es geht daher darum, die Kompetenzen von Bundestag und Bundesregierung sachgemäß abzugrenzen.
 - aa) Ohne Weiteres zulässig ist, dass der Bundestag eine derartige Frage erörtert. Denn ohne **Willensbildung** könnte er sein Kontrollrecht gegenüber der Bundesregierung, soweit diese – wie hier – außenpolitisch tätig wird, nicht ausüben. Diese Erörterung darf auch durch einen Beschluss abgeschlossen werden, so wie er unter 1. formuliert ist. Es handelt sich hierbei

STICHWORTVERZEICHNIS

Die Zahlen verweisen auf die Randnummern.

Abänderungskompetenz der Länder	422	Ausführung der Bundesgesetze	456
Abberufung eines Bundesministers	355	Ausführung von Bundesgesetzen	
Abdrängende Zuweisung	300	durch den Bund	472
Abgeordnete		Ausführung von Bundesgesetzen durch	
angemessene Entschädigung	322	Länder als eigene Angelegenheit	456
Beteiligtenfähigkeit im Organ-		Ausführung von Bundesgesetzen durch	
streitverfahren	519	Länder im Auftrage des Bundes	458
fraktionslose	323	Auskunftsverweigerungsrecht	298
Gleichbehandlung	302	Ausländerwahlrecht	258 ff.
prozessualer Rechtsschutz	303	Auslegung	107 ff.
Rederecht	312	Auslegungshilfen	38
Abgeordnetenrechte	302 f.	Ausschluss aus der Fraktion	308
Einschränkungsmöglichkeiten	304 f.	Ausschüsse	286 ff., 518
Abschlussverfahren	413, 430	fakultative	287
Absoluter Bestimmtheitsgrundsatz	133	Ausübung der Staatsgewalt	49
Absolutes Rückwirkungsverbot	138	Auswärtige Angelegenheiten	479
Abstammungsprinzip	32	Außenpolitisches Monopol	270
Abstimmungen	49		
auf Bundesebene	55	Bedarfskompetenzen	393
auf Länderebene	59	Befassungskompetenz	312
Abstrakte Normenkontrolle	450, 535	Begnadigungsrecht	364
Antragsbefugnis	538	Behinderungsverbot	322
Antragsgegenstand	537	Beratende Hilfsorgane	287
Begründetheit	540	Beratungen	
Beteiligtenfähigkeit	536	Gesetzgebung	419
Zuständigkeit	535	Beratungsgremien	287
Abweichungsgesetzgebung	400	Beschlagnahmeverbot	322
Administration	160	Beschluss des Bundestags	98
Aktive Wahlrechtsgleichheit	234, 261	Beschlussfähigkeit	
Allgemeines Staatsrecht	2	Gesetzgebung	418
Allgemeinheit der Wahl	228	Besonderes Staatsrecht	2 f.
Amts-dauer der Bundesregierung	53	Bestand des Bundes	222
Amtseid		Bestimmtheit	133 ff.
Bundespräsident	371	Bestimmtheitsgrundsatz	116, 181
Analogie	135	Bestimmtheitsstrias	445
Anklage des Bundespräsidenten	517	Beteiligtenfähigkeit	511
Annexkompetenz	405 f.	Beurteilungsspielraum	134
Anstalten des öffentlichen Rechts	472	Beweiserhebungsmaßnahme	291
Antragsbefugnis	513	Beweiserhebungsrecht	294
Antragsgegenstand	512	Bindung an die Grundrechte	112
Anwendungsvorrang	71, 376	Bindung an Recht und Gesetz	112
Arbeitsfähigkeit des Parlaments	311	Bindungswirkung	347
Auffangtatbestände	38	Bodenreform	14
Auflösung des Bundestages	357	Briefwahl	250
Aufsichtsrechte des Bundes	460	Bund	200
Auftragsverwaltung	460	Aufgabenverteilung	208
Ausfertigung	430, 449	Aufsichtsbefugnis	200

ausschließliche Zuständigkeit	387 ff.	Absicherung	195
Bundesarbeitsgericht	505	Funktion	194
Bundesaufsichtsverwaltung	456	Herleitung	194
Befugnisse des Bundes	457	Bundestag	262 ff., 414, 426
Bundesauftragsverwaltung	458, 470 f.	Repräsentationsfunktion	268
Bundesbehörde	290	Staatsorgan	276
Bundesdurchgriff	24	Zuständigkeit	270
Bundeseigene Verwaltung	472	Bundestagsbeschluss	263 ff., 270 f.
Bundesfreundliches Verhalten	212, 461, 467	Rechtmäßigkeit	271
Bundesgesetze	456	Bundestagswahl	225, 227, 258
Bundeskanzler	263, 343 f., 356, 518	Bundestreue	212
Missbilligungsvotum	356	Bundesverfassungsgericht	263, 506
Richtlinien der Politik	350	Enumerationsprinzip	507
Wahl	344	Verfassungsorgan	506
Bundesoberbehörde	476	Zuständigkeit	509
Bundesorgan	269, 444	Bundesversammlung	363
Bundespolizei	475	Bundesverwaltung	455, 472
Bundespräsident	111, 263, 345, 361 ff., 430	mittelbare	472
Ablehnungsrecht	378	Bundeswehr	486
Amtsdauer	363	Einsatz im Ausland	490
Aufgaben	361	Einsatz nach Regeln der EU	491
Äußerungen	380 ff.	Einsätze im Inland	494
formelles Prüfungsrecht	370	Bundeszwang	457
Funktion	361	Bund	195 ff.
Integrationsfunktion	361	Bund-Länder-Streit	457, 459, 529
materielles Prüfungsrecht	371	Antragsbefugnis	531
Prüfungsbefugnis bei der Ernennung		Antragsfrist	534
und Entlassung von Bundes-		Begründetheit	536
ministern	377 f.	Beteiligtenfähigkeit	530
Prüfungspflicht	373	Zuständigkeit	529
Prüfungsrecht	366 ff.	Bund-Länderstreitverfahren	459
Repräsentationsfunktion	361	Bündnisverteidigung	488
Reservfunktion	361	Bürgerpartei	90
Wahl	363		
Zuständigkeiten	364	Chancengleichheit	242 f., 284, 298
Bundesrat	263, 339 ff., 414 f., 426 f., 457	der Abgeordneten	226
Beschlussfassung	341	der Fraktionen	284
Hemmungsbefugnis	340	der Parteien	80, 86, 220, 332, 351, 382
Kontrollbefugnis	340	Chaosgedanke	177
permanentes Organ	340	Checks and balances	120
Präsident	341		
Zusammensetzung	340	Demokratie	37, 42 ff.
Zuständigkeit	342	parlamentarische	53
Bundesrecht	209	Demokratie-	
Bundesregierung	263, 343, 414, 426	prinzip	42, 50, 105, 255, 312 f., 351, 436
Äußerungen	351 f.	Demokratische Grundrechte	103
Organisationsgewalt	345	Demokratische Grundsätze	222
Personalentscheidungen	345	Demokratische Legitimation	61
Bundesstaat	37, 194	Deutsche Reichsverfassung	10
Begriff	196 ff.	Deutsche Staatsangehörigkeit	33
Bundesstaatlicher Notstand	214	Deutscher	34 f., 229
Bundesstaatsprinzip	194 ff., 269, 293	Deutschland-Fernsehen-GmbH	483

Dezentralisierung der Staatsgewalt	194	Entstehung und Entwicklung des GG	9
Direkte Demokratie	55	Erfolgswert	233 ff.
Direktmandat	226, 239	Erforderlichkeit einer bundes-	
Diskontinuität		gesetzlichen Regelung	400
personelle	276 ff.	Erlass von Verwaltungsvorschriften	470
sachliche	276 ff.	Ermächtigungsadressat	443
Doppelvorlage	549	Ermessen	134
Drei-Elementen-Lehre	27 f.	Ermittlungsbeauftragte	298
Drei-Stufen-Theorie	555	Ernennung der Bundesminister	345
Dreistufiger Aufbau	163, 442, 452	Erstdelegatar	443
Dritte Ebene der Staatlichkeit	201	Erststimme	226
Dynamische Verweisungen	135	ESM	70
Echte Rückwirkung	140	Europäische Integration	22, 67
Effektiver Minderheitenschutz	51	Europäische Union	25, 199, 488
Effektiver Rechtsschutz	115	Ewigkeitsgarantie	50, 432
Effektivitätsprinzip	304	Exekutive	120, 128, 151 f., 295, 440
Eigene Angelegenheiten	278	Exponentenlehre	324
Eigenstaatlichkeit der Länder	437	Fachaufsicht	460
Einbürgerung	479	Fachaufsicht des Bundes	458
Einfaches Bundesgesetz	476	Fakultative bundeseigene Verwaltung	475
Einfachrechtliche Normen	161	Familienwahlrecht	232
Eingeschränkte Bindungswirkung	542	Finanzhoheit	422
Einheitslehre	424	Föderalismusreform I	24
Einheitsstaat	194, 197	Föderalismusreform II	26
Einheitsthese	424	Folgen bei fehlender Zuständigkeit	386
Einigungsvertrag	6, 18	Form	514
Einigungsvorschlag	428	Formelles Verfassungsrecht	4
Einleitungsverfahren	413	Fragerecht	302, 312
Einrichtung der Behörden	470	Fraktionen	43, 279 ff., 302 ff., 518, 524
Einsatz bewaffneter Streitkräfte	501	Funktion	281
Einsatz der Bundeswehr	486 ff.	Rechtsnatur	282
Einsetzung und Verfahren des		Fraktionsausschluss	305 ff.
Untersuchungsausschusses nach		Fraktionsdisziplin	306 ff.
dem PUAG	290 f.	Fraktionsgesetz	280
Einspruch	421	Fraktionsprinzip	304
Einspruchsgesetze	420 f., 428	Fraktionszwang	307
Einstweilige Anordnungen	554 ff.	Frankfurter Dokumente	13
Antragsbefugnis	555	Freies Mandat	301
Antragsberechtigung	555	Freiheit der Wahl	88, 247 f.
Begründetheit	557	Freiheitlich demokratische	
Vorwegnahme der Hauptsache	555	Grundordnung	105, 219 f.
Zuständigkeit	554	Frist	515
Einzelfall	307	Funktionelle Legitimation	66
Einzelweisungen	457	Funktionentrennung	119
Eisenbahn	474	Funktionsfähigkeit des Bundestages	265
Enquete-Kommission	287	Funktionsfähigkeit des Parlaments	311 f.
Enqueterecht	288	G 10 Kommission	287
Entflechtung der Finanzverantwortung	24	Gebietshoheit	30
Entscheidung des Ermittlungsrichters	300	Gebot der Rechtstreue	222
Entscheidungsmonopol	334	Gebot der Verfassungsorgantreue	542
Entsendebefugnis	498		

Gebot der Weisungsklarheit	461	Gestaltungsfreiheit	448
Gebot des bundesfreundlichen		Gewaltenteilung	114, 125, 128, 220, 295
Verhaltens	212, 215	organisatorische	340
Gebot des länderfreundlichen		vertikale	194
Verhaltens	214	Gewaltenteilungsprinzip	269, 312
Gebot strikter Texttreue	494	Gewaltherrschaft	219
Gebrauchmachen	400	Gewaltmonopol des Staates	28
Gegenseitige Rücksichtnahme	212, 461	Gewerbebetrieb	297
Gegenzeichnung	365	Gewohnheitsrecht	161, 174
Geheimheit der Wahl	249 ff.	Gleichbehandlungsanspruch,	
Geheimschutz	297	spezieller	108
Geheimschutzinteresse	297	Gleichberechtigung	23
Geltungsbereich der Rechtsnorm	483	Gleichheit	219
Geltungsvorrang	376, 400	Gleichheit der Wahl	233 ff., 242
Gemeinsame Einrichtungen der Länder	201	Gleichheitsrechte	257
Gemeinsame Verfassungskommission	21	Gliedstaaten	196
Gemeinsames Abwehrzentrum	484	Grundgesetz	3, 161
Gemeinschaftsaufgaben	455, 484	Grundlagenvertrag	16
Gemeinschaftsbehörde	203	Grundmandatsklausel	235, 239
Gemeinschaftseinrichtung	196	Grundrechte	1, 117, 155
Gemeinwohl	222	Grundrechte als Teilhaberechte	191
Gerechtigkeit	113, 184	Grundrechtsverletzungen	522
Gerichte	124, 190	Grundsatz der Formstrenge	424
Gerichtsaufbau in der Bundesrepublik	505	Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der	
Gerichtsfreier Raum	300	Verwaltung	162 ff.
Gesamtdeutsche Interessen	406	Grundsatz der Gewalten-	
Geschäftsleitungsbefugnis	463 f.	teilung	29, 129, 294, 541
Geschäftsordnung des Bundestages	276, 417	Grundsatz effektiver Opposition	106
Gesetz		Gruppe	280, 283, 518
nachkonstitutionelles	537, 546	Gubernative	160, 343
verfassungsänderndes	431 ff.		
Gesetzesakzessorische Verwaltung	453	Handlungsfähigkeit	360
Gesetzesänderung	147	Handlungsform	468
Gesetzesauslegung	147	Handlungsfreiheit, allgemeine	374
Gesetzesbeschluss	416	Hauptverfahren	413, 416 ff.
Gesetzesinitiative	414	Hausrecht	174
Gesetzeskraft	506, 542	Herausgabe beweis erheblicher Akten	
Gesetzesvorlage	276	durch Verwaltungsbehörden	290
Gesetzgebung		Herausgabeverweigerungsrecht	298
ausschließliche	387	Herrenchieser Verfassungs-	
konkurrierende	388	konvent	9, 13
Legislative	131 ff.	Herrschaft auf Zeit	51, 100
Gesetzgebungskompetenz	24, 370, 384, 454	Herrschaft der Mehrheit	51, 100
ausschließliche	387	Herrschaftsmacht	28
der Länder	23, 60	Herstellung gleicher Lebensverhältnisse	396
ungeschriebene	370	Hilfsorgane des Bundestages	287
Gesetzgebungsnotstand	357	Höchstpersönlichkeit des Wahlrechts	245 f.
Gesetzgebungsverfahren	23, 413 ff., 431	Hoheitliche Verwaltungstätigkeit	203
Einleitung	414 f.	Hoheitsakte der EU	71
Gesetzgebungszuständigkeit	406	Höher rangiges Recht	448
Gesetzmäßigkeit	462	Homogenitätsprinzip	59, 200
Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	162, 220	Horizontale Gewaltenteilung	119 f.

Horizontale Gliederung	119	Begründetheit	550
Identitätskontrolle	69, 73, 439	Entscheidungserheblichkeit	548
immanente Grundrechtsschranken	38	Vorlageberechtigung	547
Immunität	311	Vorlagegegenstand	546
Indemnität	310	Vorlagegrund	548
Informales Verwaltungshandeln	173	Zuständigkeit	545
Information	312	Konkretisierungen des Rechts-	
Informationspflicht	70	staatsprinzips	118
Informationsrecht	302, 312	Konkurrierende Gesetzgebung	388, 412
Inhaltlich rechtswidrige Weisung	468	Konstruktives Misstrauensvotum	354
Inkompatibilität	119, 125, 340	Konsultative Volksbefragungen	58
Institutionelle Legitimation	65	Kooperativer Föderalismus	217
Institutioneller Gesetzesvorbehalt	168	Körperschaften	472
Integration	241, 267	Kreationsfunktion	265
Integrationsverantwortungsgesetz	68, 267	Länder	195 ff.
Interföderales Rücksichtnahmegebot	216	Aufgabenverteilung	208
Interpellationsrecht	266	Landesbehörde	290
Inzidentkontrolle	450	Landesorgan	444
IPA-Regeln	289	Landesverteidigung	487
Jellinek	27	Landesverwaltung	458
Judikative	120, 128, 179	fakultative	458
Juristische Person des öffentlichen Rechts	298	obligatorische	458
Kabinettsbildungsrecht	345	Weisungsrecht	462
Kabinettsprinzip	350	Landtagswahl	260
Kanzleramtsminister	348	Legislative	120, 128
Kanzlerprinzip	350	Legitimationsniveau	62
Katastrophenfall	496	Leistungsverwaltung	176
Katastrophennotstand		Lesung	417, 428
regionaler	496	Listenmandate	226
Kernbereich, unantastbarer	52	Mandat	
Kernkompetenzen	395	imperatives	301
Klagebefugnis bei „inhaltlich		Mandatsprüfungsbeschwerde	324
rechtswidriger Weisung“	468	Mandatstheorie	324
Klarstellungsinteresse	539	Mandatsverlust	324
Koalitionsvereinbarung	346	Materielle Fraktionsrechte	280
Kodifikationsprinzip	401	Materielle Rechtmäßigkeits-	
Kollegialprinzip	350	anforderungen an RVOen	448
Kollisionsnorm	210	Materielles Verfassungsrecht	5
Kommandogewalt	497, 500 ff.	Mehrfachvorlage	549
Kommunalrechtliches Vertretungsverbot	175	Mehrheit	272, 421
Kommunalwahlrecht	232, 261	absolute	273
Kompetenz des Bundes	269	einfache	272, 419
Kompetenzausübungsschranken	213	qualifizierte	274, 431
Kompetenz-Kompetenz	68, 200	Mehrheitsprinzip	49, 105
Kompetenzkontrollverfahren	399	Absicherung	101
Kompetenzrahmen	312	Ausgestaltung	98
Kompetenztitel	393	Grenzen	99 f.
Konfusionsargument	382	Zweck	97
Konkrete Normenkontrolle	450, 545	Mehrheitswahl	223
		Mehrparteienprinzip	220

Mehrparteiensystem	95, 327	Ordnungsgeld	298
Menschenwürde	433	Ordnungsgemäße Mitwirkung des Bundesrates	420
Minderheitenschutz	97	Organe des öffentlichen Rechts	298
Minderheitenenquete	292	Organisationsfragen	479
Mischgesetzgebung	444	Organisationsgewalt	178
Mischverwaltung	484	des Behördenleiters	174
Missbilligungsbeschlüsse	356	des Bundeskanzlers	345
Mittelbare Bundesverwaltung	472 f.	Organisationshoheit	422
Mittelbare Demokratie	44, 55	Organisatorische Gewaltenteilung	119, 340
Mitwirkung	444	Organisatorisch-personelle Legitimation	63
der Länder bei der Gesetzgebung	432	Organkompetenz	271
Mitwirkungsbefugnisse des Bundesrates	420	Organ-Kontinuität	276
Mitwirkungsrechte des Bundesrates	24	Organstreitverfahren	285, 285, 369, 516 ff.
Monarchie	44, 111	Antragsbefugnis	524
Nationaler Ethikrat	178, 287	Antragsfrist	525
NATO	488, 490	Antragsgegenstand	523
Nebeneinkünfte	302	Begründetheit	527
Negativdefinition der Exekutive	160	Organteil	524
Neue Gewaltentrennung	127	Parastaatliche Verwaltungsträger	472
Neutralitätsgebot	352 f.	Parlament	121
Nichtgesetzesakzessorische Verwaltung	453	Parlamentarischer Rat	9, 13
Nichtigkeitserklärung	542	Parlamentarisches Kontrollgremium	287
Nichttrennungs-Gedanke	371	Parlamentsbeteiligungsgesetz	499
Normenklarheit	133	Parlamentsheer	498
Normenkontrolle, abstrakte Unvereinbarkeit mit dem GG	546	Parlamentspräsident	283
Normprüfungsverfahren	538	Parlamentsvorbehalt	102, 135, 171
Normsetzungsbefugnis	440	wehrverfassungsrechtlicher	498
Notstand, äußerer und innerer	495	Partei	43, 223, 326 ff., 333
Notstandsverfassung	18	Chancengleichheit	80, 242, 332 f.
numerus clausus	455	demokratische Binnenstruktur	328
Nutzung öffentlicher Einrichtungen	332 f.	Gründung	327
Oberste Bundesorgane	521	Organisation	327
Oberste Gerichtshöfe	505	Ungleichbehandlung	86
Oberste Landesbehörden	443	Werbung	326
Obligatorische bundeseigene Verwaltung	474	Parteiausschluss	304, 328
Öffentliches Interesse	297	Parteiendemokratie	90, 127
Öffentlichkeit der Wahl	227, 252	Parteienfinanzierung	89, 329
Anwendungsbereich	253	offene	329
Inhalt	253	verdeckte	329
Öffentlichkeitsarbeit	79	vollständige	329
Öffentlichkeitsaufklärung	83	Parteienprivileg	330 f.
Öffentlichkeitsgrundsatz	104	Parteienverbot	330 f.
OMT-Beschluss	70, 76	Parteiaahe Stiftung	332
Opposition	96, 104 f., 288	Parteiprinzip	304
Oppositionsfraktionsrechte	104	Passive Wahlrechtsgleichheit	87, 242
Oppositionszuschlag	323	Personalhoheit	32
		Personalisierte Verhältniswahl	225
		Personelle Gewaltenteilung	125
		Persönliche Gewaltenteilung	119

Pflicht zur parteipolitischen Neutralität	78	Rechtshilfe	290
Pflichtausschüsse	287	Rechtsnatur und Prüfungsaufbau der	
Plebiszit	56	Wahlrechtsgrundsätze	256 ff.
Plebiszitäre Demokratie	55	Rechtspflicht	305
Plenum	279	Rechtsprechung	179, 269, 504 ff.
Plutokratie	44	Rechtsprechungsmonopol	504
Politische Einsichtsfähigkeit	231	Rechtsschutz gegen RVOen	450 f.
Politische Parteien	326 ff.	Rechtsschutzfragen bei Untersuchungs-	
Gleichbehandlung	326	ausschüssen	299
Staatsfreiheit	89, 298, 329	Rechtsschutzgarantie	179
Politische Willensbildung	77, 90 f.	Rechtssicherheit	116, 136
Politische Willensbildung des Volkes	326	Rechtsstaat	37, 113
Post	474	Rechtsstaatsprinzip	105, 112 ff., 372, 383, 435
Präambel	37	Anforderungen an alle drei Gewalten	180 ff.
Praktische Konkordanz	312 ff., 336	Anforderungen an die Gesetzgebung	131
Präsidialdemokratie	53	Anforderungen an die Rechtsprechung	179
Preisgabe der Länderstaatlichkeit	217	Elemente	113 ff.
Prinzip der abgestuften		formelle Elemente	39
Chancengleichheit	244, 332 f.	materielle Elemente	40
Prinzip der Gewaltenteilung	119 ff.	Rechtsstellung der Bundestags-	
Prinzip der materiellen Gerechtigkeit	184	abgeordneten	301 ff.
Prinzip der repräsentativen Demokratie	262	Rechtsstellung von Bund und Ländern	200
Prinzip der Spiegelbildlichkeit von		Rechtsverordnungen	440 ff.
Plenum und Ausschuss	304, 323	Rechtsfolgen	441
Prinzip vom Vorbehalt des Gesetzes		Voraussetzungen	441
Rechtsfolgen	170	Rechtsweg bei „inhaltlich rechtswidriger	
Private Gesellschaften	474	Weisung“	468
Privatisierung öffentlicher Aufgaben	474	Rechtsweggarantie	504
Privatrecht	401	Rechtszersplitterung	397
Prozessstandschaft	462, 524, 531	Rederecht	302, 312
Prüfungsbefugnis bei der Ausfertigung		Referendum	56
der Bundesgesetze	366	Regelung des Verfahrensverfahrens	470
Prüfungsrecht		Regierung	121, 295
formelles	370, 367	Regierungsbildung	364
materielles	371 ff., 368	Regierungskrise	364
unionsrechtliches	376	Regionalverband	195
Prüfungsumfang		Reichsverfassung	10 f.
gerichtlicher	394	Reichweite der Ewigkeitsgarantie	432
PUAG	289 ff.	Repräsentative Demokratie	55
Quorum	107, 288 f.	Republik	37, 111
Raumordnung im Gesamtstaat	406	Ressortkompetenz	350
Recht		Ressortprinzip	350
zur Bildung von Fraktionen	302	Richterrecht	161
Rechte der Fraktion	283	Richtervorbehalt	179
Rechte des Abgeordneten	302, 310, 325	Richtervorlage	545
Rechtliche Chancengleichheit	187	Richtlinienkompetenz	350
Rechtsaufsicht	457	Rückbewirkung von	
Rechtsfähige Vereinigungen	282	Rechtsfolgen	140, 150
Rechtsfolgen einer (rechtmäßigen)		Rückwirkende Strafgesetze	138
Weisung	469	Rückwirkung	
		Arten	139 ff.
		echte	140, 142, 150 f.

unechte	141, 148 f.	Staatsgebiet der Bundesrepublik	
Rückwirkung von Gesetzen	116, 136 f.	Deutschland	31
Abgrenzung	140	Staatsgewalt	28 ff., 48, 120
Prüfungsstandort	142	Staatshaftungsrecht	117
Zulässigkeit	142	Staatsleitung	352
Rückwirkungsverbot	40, 118, 138	Staatsminister	348
Rumpfgesetzgebung	424	Staatsoberhaupt	111, 364
Sachentscheidungsbefugnis	469	Staatsorgan	78, 264
Sachkompetenz	462	Staatsorganisationsrecht	1
Sachliches Beweismittel	298	Staatsqualität der Länder	197
Sachlich-inhaltliche Legitimation	64	Staatsrecht	2
Sachlichkeitsgebot	83, 383	Staatsrechtliche Mängelrüge	457
Sachzusammenhang		Staatssekretäre	348
notwendiger	404	Staatsstrukturprinzipien	41
untrennbarer	404	Staatsvertrag	205
Sachzusammenhangskompetenz	405	Staatsvolk	27, 32, 229, 258
Satzung	163, 278, 441	Staatswohl	294, 296
Satzungsermächtigung	163	Staatszielbestimmungen	37 ff.
Schranken-Schranke	193	Stärkung der Europatauglichkeit des	
Schutzpflicht des Staates	117	Grundgesetzes	24
Selbstauflösungsrecht	52	Statusdeutsche	34
Selbstverwaltungsgarantie	92	Statuspflichten	390
Selbstverwaltungsträger	43	Statusrechte	390
Senkung des Wahlalters	231	Stiftung für Hochschulzulassung	
Separation	200	(SfH)	202, 205
Sezession	200	Stiftungen des öffentlichen Rechts	472
Souveränitätsvertrag	20	Stimmensplitting	226
Soziale Gerechtigkeit	188	Stimmrecht	302, 323
Soziale Sicherheit	189	Struktursicherungsklausel	69
Sozialstaat	37, 186	Stuttgart 21	60
Sozialstaatsprinzip	186, 438	Subdelegatar	443
Anwendungsbereich	191 ff.	Substanzierte Begründung	296, 298
Konkretisierungen	191 ff.	Supranationale Organisation	199
Spannungsfall	495	Systemverschiebung	425
Spenden	90	Tatbestandliche Rück-	
Sperrklausel	226, 235, 237 ff.	anknüpfung	141, 150, 159
Sperrwirkung	60, 400	Tatsachenfeststellung	293
Spiegelbildlichkeit		Tatsächliche Chancengleichheit	188
Grundsatz der	284, 304, 323	Teilnahmerecht	302
Staatenbund	198	Telekommunikation	474
Staatenverbund	199	Territorialprinzip	32, 482
Staatliche Grundordnung	2, 7	Terroranschläge	493
Staatliche Informationstätigkeit	172	Transparenzgebot	104, 329
Staatliche Teilfinanzierung	329	Trennungsgebot Polizei/	
Staatsangehörigkeit	33	Verfassungsschutz	484
Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)	33	Trennungsprinzip	208, 484
Staatsformmerkmale	37 ff.	Übergangsregeln	149
Staatsfreiheit der Parteien	89, 298	Übergangszeit	177
Staatsfundamentalnorm	38	Überhangmandat	
Staatsfunktionen	120	ohne Ausgleichspflicht	236
Staatsgebiet	27, 30 f.		

Übermaßverbot	117	Verfassungsänderung	38, 232, 258
Übernahme der Geschäftsleitungs-		Verfassungsgeschichtliche Entwicklung	
befugnis	463	des GG	9 ff.
Überregionale Bedeutung	481	Verfassungsidentität	50, 69, 432
Übertragung von Hoheitsrechten	203	Verfassungsidentität des Grundgesetzes	72
ultra-vires-Kontrolle	69, 73	Verfassungskonforme Auslegung	548
Umfassende Zuständigkeit	264, 270	Verfassungsmäßige Ordnung	132, 222
Umfassendes Weisungsrecht	462	Verfassungsnorm	
Umlaufverfahren	350	verfassungswidrige	439
Umweltschutz	23	Verfassungsorgan	262 f., 278
Unabhängigkeit der Gerichte	220	Verfassungsprozessuale Bedeutung	
Unbestimmte Rechtsbegriffe	134	von Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG	255
Unechte Rückwirkung	141, 148	Verfassungsrecht	1, 3
Ungeschriebene Gesetzgebungs-		Verfassungsrechtliche Streitigkeit	509
kompetenzen	403	Verfassungsrechtliche Verträge	347
Ungeschriebene Verwaltungs-		Verfassungsrechtlicher Interorganrespekt	542
kompetenzen	455	Verfassungsreform	21
Ungeschriebene Verwaltungs-		Verfassungstreue	222
zuständigkeit	479	Verfassungsurkunde	4
Ungleichbehandlung	257	Verfassungsverletzung	
Unglücksfall, besonders schwerer	496	evidente	368, 373
Unionsrecht	67, 161	Verfassungsvorbehalt	494
Unionsrecht als höherrangiges Recht	67	verfassungswidriges Verfassungsrecht	110
Unmittelbare Bundesverwaltung	472 f.	Verhalten, bundesfreundliches	461, 467
Unmittelbare Demokratie	44, 55	Verhältnismäßigkeit	117 f., 142, 297, 466
Unmittelbarkeit der Wahl	245	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	40, 185
UNO	488	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	40, 185
Untergliederungen des Parlaments	279 ff.	Verhältniswahlrecht	224
Unterschied zum Reichspräsidenten	362	Verkündung	430, 449
Untersuchungsauftrag	296	Verlängerung Legislaturperiode	52
Untersuchungsausschuss	288	Vermittlungsausschuss	421, 426
Befugnisse	290	Vernehmung von Amtsträgern	298
Einsetzung	292	Verordnung	163
Geheimschutz	297	der Landesregierung	451
Untersuchungsgegenstand	293	von Bundesminister	450
Ununterbrochene Legitimations-		von Bundesregierung	450
kette	61, 262	Verordnungsermächtigung	163
Unvereinbarkeitserklärung	542	Verordnungs-Ermessen	448
Urlaub zur Wahlvorbereitung	322	Verschiebung der Bundestagswahl	49
Verantwortlichkeit	469	Verteidigung	292
Verbandskompetenz	270 f.	Verteidigungsfall	495, 497
Verbot der unzulässigen Rückwirkung	182	Verteilung der Gesetzgebungs-	
Verbot einer Mischverwaltung	484	kompetenzen	384 ff.
Verbot privater Gerichtsbarkeit	504	Verteilung der Sitze	226
Verdeckte Parteienfinanzierung	77, 89	Vertikale Gewaltenteilung	119
Vereinte Nationen (UNO)	488	Vertrag von Lissabon	25
Verfahren vor dem Vermittlungs-		Vertrauen der Parlamentsmehrheit	53
ausschuss	426	Vertrauensfrage	357
Verfahrensbeendende Beschlüsse	300	echte	358
Verfahrensbeitritt	526	unechte	359
Verfahrensvorschrift	271	Vertrauensschutz	116, 185
		Vertrauenstatbestand	136
		Verwaltung	190

Verwaltungsbehörde	290	aktives	228
Verwaltungshoheit	422	Ausländer	47
Verwaltungscompetenz	454, 476	passives	228
Verwaltungsstrukturen des Bundes	473	Wahlrecht ab Geburt	232
Verwaltungsträger, parastaatliche	472	Wahlrechtsgleichheit	
Verwaltungstypen	455	aktive	234 ff.
Ausführung durch die Länder als		passive	242 ff.
eigene Angelegenheit	456	Wahlrechtsgrundsätze	227 ff., 256 ff.
Ausführung durch Länder im Auftrage		Wahlsystem	223
des Bundes	458	Wahlsystem der Bundesrepublik	226
Bundeseigene Verwaltung	455, 472	Wahlumfrage	248
Verwaltungsverfahren	405	Wahlwerbung	80
Verwaltungsvorbehalt	178	Wahlwerbung auf Staatskosten	78
Verwaltungsvorschriften	457, 470	Wahrnehmungskompetenz	464, 469
Verwaltungszusammenarbeit	484	Wahrnehmungszuständigkeit	462
Verwerfungsmonopol des Bundes-		Wahrung der Rechtseinheit	397
verfassungsgerichts	371	Wahrung der Wirtschaftseinheit im	
Verwerfungsmonopol des BVerfG	546	gesamtstaatlichen Interesse	398
Volk	44 f.	Warnerklärung	172, 350
Völkerrecht	161	Wegfall der VO-Ermächtigung	440
Völkerrechtliche Vertretung	364	Wehrverfassung	17
Völkerrechtssubjekt	19	Wehrverfassungsrechtlicher	
Volksabstimmung	56 f., 59	Parlamentsvorbehalt	498
Volksbefragung	56	Weimarer Reichsverfassung	12
Volksbegehren	56, 98	Weisung	214, 460
Volksentscheid	56, 83	Abwägung mit den Landesinteressen	465
Volksinitiative	56	Weisungsrecht	459, 462
Volksouveränität	29, 44, 220	Wesentlichkeitstheorie	102, 166
Volksvertretung	104	Wettbewerb	279
Vollziehende Gewalt	160	Widerspruch	211
Vorbehalt des Gesetzes	118, 164	gegen die einstweilige Anordnung	558
Ableitung	165	Willensbildung	270
Anwendbarkeit	166 ff.	Willkürherrschaft	219
Vorrang des Gesetzes	118, 163		
Vorverfahren		Zählwert	234
Gesetzgebung	415	ZDF	202, 206
Wahl auf Lebenszeit	111	Zentrale Aufgaben	476
Wahl des Bundestages	223 ff.	Zentralstaat	196
Wahlalter	231	Zeugnisverweigerungsrecht	322
Wahlen	49, 51	Zitiergebot	447
Wählervereinigung	326	Zitierrecht	266
Wahlfunktion	265	Zivilgerichte	347
Wahlgleichheit	243	Zulässigkeit des Untersuchungs-	
Wahlgrundsätze	93	gegenstandes	293
Wahlkampf		Zulässigkeitsprüfung	
Gebot äußerster Zurückhaltung	82	Technik	508 ff.
Wahlkreise	223	Zuordnung der Gemeinschaftseinrichtung	204
Wahlmännnergremium	245	Zustandekommen eines Gesetzes	426
Wahlperiode	49, 52	Zuständigkeit	509
Wahlpflicht	247	ausschließliche des Bundes	387 ff.
Wahlrecht	93 f.	kraft Natur der Sache	406, 483
		kraft Sachzusammenhangs	404 ff., 480

ungeschriebene	406	Zustimmungsquorum	98
Zuständigkeit des Bundestages	269	Zwangsbefugnisse nach dem PUAG	298
Zuständigkeiten der Bundesregierung	349	Zweckmäßigkeit	462
Zuständigkeitsvermutung für die Länder	454	Zweigliederiger Bundesstaat	201
Zustimmung des Bundesrates	431, 478	Zwei-Kammer-System	11
Zustimmungsbedürftigkeit bei Änderung eines zustimmungspflichtigen Gesetzes	425	Zwei-plus-Vier-Vertrag	20
Zustimmungsgesetz	420 ff.	Zweitstimme	226, 238 f.
		Zweitvorlage	549